

Untersuchungsausschuss Gorleben

Berichte der Fraktion DIE LINKE.

Stand: August 2011
(wird fortgesetzt)

Datum	Zeuge / Zeugin	Bericht auf Seite
10.06.2010	Jürgen Kreuzsch Prof. Wernt Brewitz	4
17.06.2010	Dr. Detlev Möller Henning Rösel	5
01.07.2010	Prof. Dr. Helmut Röthemeyer Dr. Heinrich Illi Prof. Dr. Kind	8
08.07.2010	Prof. Dr. Klaus Duphorn Dr. August Hanning Dr. Wolf von Osten	11
30.09.2010	Dr. Ulrich Kleemann Dr. Anselm Tiggemann	15
07.10.2010	Dr. Gerd Stier-Friedland Prof. Dr. Eckhard Grimmel	16
11.11.2010	Heinz Nickel Prof. Michael Langer Dipl. Geologe Dr. Detlef Appell	19
25.11.2010	Dipl. Geologe Dr. Detlef Appell	20
02.12.2010	Gerhart Rudolf Baum Dr. Glatzel	21
16.12.2010	Dr. Siegfried Keller Dipl.-Geologe Ulrich Schneider	24
27.01.2011	Jan Hermann Schnipkoweit Marianne Fritzen	25
10.02.2011	Dr. rer. nat. Thomas Diettrich Prof. Dr. Kurt Schetelig	28
26.02.2011	Kurt-Dieter Grill	30
24.03.2011	Dr. Alois Ziegler Dr. Helmut Hirsch	32
12.05.2011	Dr. Heinrich Getz Dr. Arnulf Matting	34
26.05.2011	Prof. Dr. Klaus Otto Naß Reinhold Ollig	37
09.06.2011	Klaus Stuhr	39
30.06.2011	Prof. Dr. Klaus Kühn	41

Untersuchungsausschuss hat Arbeit aufgenommen



So langsam kommt der parlamentarische Untersuchungsausschuss „Gorleben“ ins Rollen. Auf der heutigen zweiten, nicht-öffentlichen Sitzung wurden in über fünfzig gemeinsamen Anträgen der Oppositionsfraktionen Akten von Ministerien und Bundesbehörden angefordert. Die Koalition hat derweil ihre ersten Zeugen benannt. Die ersten Akten aus dem Bundesumweltministerium werden voraussichtlich in zehn Tagen eintreffen, dann kann's endlich richtig los gehen. Im Juni werden dann Sitzungen mit eingeladenen Sachverständigen stattfinden. Diese Sitzungen werden dann endlich auch öffentlich stattfinden. Wir werden Sie und Euch aber auch davor auf dem Laufenden halten. Mit solidarischen Grüßen,

Dorothee Menzner

(MdB, Obfrau der Fraktion Die LINKE. im Bundestag im parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Gorleben“)

In der kommenden PUA-Sitzung am 20. Mai 2010 werden die Oppositionsfraktionen Anträge auf Zeugenbenennung stellen. Das PUA-Team der LINKEN hat dazu eine Zeugenliste erstellt, die gerne angefordert und ergänzt werden kann. Und dies ist keine bloße Floskel: Wir brauchen für diesen Untersuchungsausschuss das Fachwissen und die jahrzehntelange Erfahrung aus dem Wendland und der bundesweiten Anti-Atom-Bewegung.

Tausende Akten angefordert

In knapp zwei Wochen werden voraussichtlich die ersten vierzig Aktenbände von Seiten des Bundesumweltministeriums an den Untersuchungsausschuss überstellt. Dabei handelt es sich um die Aktenlagen, die dem im September 2009 veröffentlichten [„Bericht zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben \(1983\)“](#) zugrunde lagen. Diese stellen allerdings erst etwa zehn Prozent der Akten beim Bundesumweltministerium dar – beim Bundesamt für Strahlenschutz liegt der Aktenbestand gar bei über 5.000.

Die Oppositionsfraktionen haben in gemeinsamen Anträgen einen Teil dieser Akten und weitere aus dem Innen-, Wirtschafts- und Verteidigungsministerium sowie dem Bundeskanzleramt angefordert. An Lesestoff wird es also in den nächsten Monaten nicht mangeln.

Quo vadis PUA Gorleben? Die nächsten Sitzungen

Die kommende Sitzung des Untersuchungsausschusses am 20. Mai 2010 wird voraussichtlich wieder eine nicht-öffentliche Beratungssitzung sein. In den darauf folgenden Sitzungen am 10. und 17. Juni sowie am 1. Juli 2010 werden dann nach vorläufiger Planung drei öffentliche Sitzungen mit Sachverständigen stattfinden. Dabei wird es in einer ersten Sitzung um einen historischen Überblick über den Endlagerstandort Gorleben und die formal-rechtlichen Zuständigkeiten im Wandel der Zeit gehen. In folgenden Sitzungen sollen die Sachverständigen dann die rechtlichen Grundlagen für den Endlagersuchprozess sowie den Stand von Wissenschaft und Technik über die Endlagerung von hochradioaktiven Stoffen im Jahr 1983 darstellen. Sobald Einladungen für die Öffentlichkeit vorliegen, werden wir sie Ihnen/Euch weiterleiten.

10.06.2010

Maulkorb für Sachverständigen.

Prof. Wernt Brewitz und Jürgen Kreusch zum Stand von Wissenschaft, Technik über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle

Im Untersuchungsausschuss Gorleben wäre es am Donnerstag, den 10. Juni beinahe zu einem Eklat gekommen. Die Anhörung des Sachverständigen Jürgen Kreusch sollte abgebrochen werden, bevor er seine Ausführungen überhaupt begonnen hatte, denn die Koalitionsfraktionen, insbesondere der CDU-Abgeordnete Reinhard Grindel, waren der Meinung, dass der Sachverständige nicht zum Thema der Anhörung reden werde.



Dorothee Menzner – Jürgen Kreusch – Kornelia Möller

Jürgen Kreusch hatte dem Untersuchungsausschuss, wie von Sachverständigen im allgemeinen erwartet, sein Gutachten bereits im Vorfeld der Sitzung schriftlich vorgelegt. Da Herr Kreusch davon ausging, dass sich die Anhörung mit dem beschäftigen würde, was ihm übermittelt wurde – einer wissenschaftlichen Einführung in die Themen des Untersuchungsauftrages – bezog er

sich bereits in seinem Gutachten auch auf Gorleben. Die Koalition hingegen vertrat die Ansicht, die Anhörung solle sich ausschließlich mit dem Stand von Wissenschaft und Technik zu Endlager- und Sicherheitsfragen und Kriterien im Jahr 1983 befassen. Zu Beginn seiner Ausführungen versuchte der Sachverständige zu erklären, dass aus seiner gutachterlichen Tätigkeit die Frage der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle eng mit Gorleben verknüpft sei. Daraufhin unterbrach die Ausschussvorsitzende Maria Flachsbarth (CDU) den Sachverständigen und forderte ihn auf, beim Thema der Anhörung zu bleiben. Als die Obfrauen der Oppositionsfraktionen dagegen protestierten und darauf verwiesen, dass Jürgen Kreusch laut Beweisbeschluss eindeutig zum gesamten Untersuchungsgegenstand Stellung nehmen solle und sich deswegen auch auf Gorleben beziehen müsse, unterbrach Frau Flachsbarth die Anhörung und forderte die anwesenden Zuhörer sowie beide Sachverständige auf, den Saal zu verlassen. Der Ausschuss begab sich in eine Beratungssitzung.

Was dann folgte, war eine Farce. Offenbar hat die Koalition vor, die Arbeit des Untersuchungsausschusses mit repressiven Mitteln zu behindern. Denn als nach 75-minütiger Unterbrechung die Anhörung endlich fortgesetzt wurde, schrieb der Ausschuss dem Sachverständigen Jürgen Kreusch zunächst einmal vor, in welchem Rahmen er seine Ausführungen zu halten habe. Man benötigte nicht viel Menschenkenntnis um festzustellen, dass die Schilderungen des Sachverständigen aufgrund dieses Maulkorbs im folgenden eher gezwungen herüberkamen, denn eine wissenschaftlich fundierte Einordnung der Kriterien, die sich an die Endlagerung radioaktiver Abfälle knüpfen, ist kaum möglich, wenn auf konkrete Endlagerprojekte keinen Bezug genommen und das Wort „Gorleben“ nicht erwähnt werden darf. Im Verlauf der Anhörung kam es noch mehrfach zu Zwischenrufen und unaufgeforderten Wortbeiträgen des Abgeordneten Grindel (CDU), der die Befassung mit dem Thema Gorleben im Gorleben-Untersuchungsausschuss offenbar als Provokation empfand. Die erste Anhörung des Untersuchungsausschusses dokumentierte damit bereits deutlich, mit welcher Strategie die Koalition die Endlagerfrage angehen will. Nämlich jener, die da lautet: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. „Ein gewisser Standort in Niedersachsen“ Jürgen Kreusch musste seinen Vortrag komplett entgegen seinem Manuskript spontan umbauen. Er beschränkte sich auf die Themen Langzeitsicherheit von Atommülllagern und die sicherheitstechnische Bedeutung der Standortauswahl. Er vermied dabei geschickt das Wort „Gorleben“ und umschrieb es jedes Mal mit blumigen Worten wie „ein Standort in

Niedersachsen“ oder „ein Standort der zur Hälfte auf einem anderen Staatsgebiet lag“. – Kreusch legte als ehemaliges Mitglied des sogenannten AK-End Wert darauf, dass Kriterien zur Suche und Beurteilung von Endlagerformationen tunlichst vor der Suche festgelegt werden sollten, was bis heute nicht gelungen ist. – Über den missverständlichen Begriff der Eignungshöflichkeit stellte er fest: „Der Begriff Eignungshöflichkeit treibt seit Ende der 70iger Jahre sein Unwesen. Er stammt aus dem Bergbau und beschreibt die Erwartung auf Rohstoffe wie Gold, Öl oder Gas zu stoßen. Im Zusammenhang mit der Atommülllagerung ist dieser Begriff nie klar definiert worden.“ Im Gegensatz zu Kreusch, hatte Prof. Brewitz, als ausgewiesener Befürworter und ehemaliger Mitarbeiter und Leiter des Instituts für Tiefenlagerung (77-95), mit keinen Vortragsrepressalien zu kämpfen. Für ihn sind eigentlich alle Fragen der Atommüllentsorgung geklärt und vorbildlich gelöst. Salz als Endlagermedium ist ideal. Das Deckgebirge spielt eine unwichtige Rolle, die Salzformation muss groß genug sein für ein „kleines Endlager, nur für hochaktiven Müll“ (25.000 m³). Selbst nach einer erneuten Eiszeit über dem Endlager wäre dann die Langzeitsicherheit gewährleistet.

Die Fragerunden der Abgeordneten verlaufen nach der Berliner Stunde, die Redezeit für die Fraktionen berechnen sich dabei nach ihrer Fraktionsgröße. Für DIE LINKE ergeben sich daher pro Fragerunde nur 7 Minuten... Die Befragung dauerte bis 19.30 Uhr Inhaltlich ergab sich nicht viel Neues, da immer wenn es interessant wurde, die Sitzungsleitung eingriff, um das Thema zu beenden. Wichtig war die Feststellung, dass bis heute keine verbindlichen Eignungskriterien festgelegt worden sind und diese auch nicht fortgeschrieben werden, nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik. Am ehesten kann man so eine unausgesprochene Fortschreibung noch bei der Frage der Langzeitsicherheit feststellen. War vor 40 Jahren (Asse) ein Zeitraum von 100 Jahren schon so etwas wie Langzeitsicherheit, so gilt heute eine Sicherheit von 1 Mio. Jahren als angemessen, auch wenn dies eine nicht nachprüfbare Worthülse bleibt.

Personalien:

- **Jürgen Kreusch** ist Diplom Geologe und Geschäftsführer der intac GmbH. Er war Mitglied des AkEnd und ist Mitglied der Ausschuss „Endlagerung radioaktiver Abfälle“ der Entsorgungskommission des BMU.
- **Prof. Wernt Brewitz** war bis 2007 u.a. Leiter des Fachbereichs „Endlagersicherheitsforschung“ der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) und ist seitdem Gastwissenschaftler in der Abteilung Abfall- und Ressourcen-Management des Leichtweiß-Instituts für Wasserbau der TU Braunschweig. Er war ebenfalls Mitglied des AkEnd und ist u.a. Mitglied des Radioactive Waste Management Committee der OECD

17.06.2010

Historikerstreit um Gorleben.

[Dr. Detlev Möller und Henning Rösel zur Geschichte der Endlagersuche in Deutschland mit Fokus auf Gorleben \(Möller/Rösel\) sowie zu den Rechtsgrundlagen für Auswahl und Erkundung möglicher Endlager für hochradioaktive Abfälle \(Rösel\)](#)

Am 17. Juni fanden gleich zwei Anhörungen statt, in denen zuerst Henning Rösel zu Rechtsgrundlagen für Auswahl und Erkundung möglicher Endlager für hochradioaktive Abfälle sprach. Anschließend kritisierte der Historiker Möller das "Tiggemann-Gutachten".

Die Erläuterungen des Sachverständigen Rösel bezogen sich zunächst auf die Zuständigkeiten der einzelnen Behörden. Seine Stellungnahme zur Anwendung des Bergrechts war insofern interessant, als er einräumte, dass man bewusst vermieden hat, nach Atomrecht zu erkunden. Es wäre verhältnismäßig einfach gewesen, ins Atomgesetz eine Regelung aufzunehmen, die auf das Bergrecht verweist und diese verbindet. Man hatte aber Wert darauf gelegt, dass es sich um ein Endlager-Bergwerk handle, mit Betonung auf Bergwerk. Die Vermeidung von Atomrecht bedeutete, dass die Öffentlichkeit nicht beteiligt werden musste. Rösel betonte, es habe keine gesetzliche Grundlage gegeben, die Öffentlichkeit zu beteiligen. Man habe aber trotzdem Öffentlichkeitsarbeit gemacht, zum Beispiel über Infostellen wie in Gartow, wo die Bohrprotokolle einsehbar gewesen sein sollen. Außerdem habe die PTB, bei der Rösel damals beschäftigt war, Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Rösel erklärte die besonderen Salzrechte, die noch aus Zeiten des Königreichs Hannover stammen. Die PTB habe laut Rösel durch ihre Ehrlichkeit die Grundeigentümer erst auf ihre besonderen Salzrechte aufmerksam gemacht. Aus den Einschränkungen, die die Salzrechte einzelner Grundeigentümer und deren Verweigerung, unter ihren Grundstücke zu erkunden, leiten sich laut Rösel zwar Probleme ab, die aber einer weiteren Erkundung nicht entgegen stehen.

Der Historiker Dr. Detlev Möller beleuchtete in seinem Vortrag zur Geschichte der Endlagersuche in Deutschland mit Fokus auf Gorleben die Standortauswahl von Gorleben und bezog sich dabei kritisch auf die neuere Studie des Niedersächsischen Ministerium für Umwelt (NMU) durch Dr. Anselm Tiggemann. Die Studie stelle zwar einen wichtigen Beitrag dar, im Zuge der systematischen Untersuchung der Sache müssten aber Fragen der Strategie und Taktik sowie der Inszenierung vorrangig gestellt werden. Wichtige Fragen werden außerdem in der Studie nicht behandelt. Nach Darlegung Möllers ist kurz vor der entscheidenden Sitzung am 11.11.1976, in der Gorleben ins Spiel gebracht wurde, der damalige Wirtschaftsminister Walter Leisler Kiep von Vertretern der Atomindustrie vermutlich auf Gorleben eingeschworen worden. Kiep machte in dieser Sitzung deutlich, dass es eine Präferenz für Gorleben gebe, da bei diesem Standort die „innerpolitische Durchsetzung“ am günstigsten beurteilt werde.

Möller bewertete es aus seiner Verwaltungserfahrung als bemerkenswert ungewöhnlich, dass das Kabinett eine synoptische Gegenüberstellung der Standorte gefordert hatte, aber nur eine Beschreibung geliefert wurde. Zur Sprache kam auch wieder der enorme zeitliche Druck, unter dem die Entscheidung vom 11.11. stand. Möller verwies darauf, dass die Kriterien zur Standortauswahl vorher festgelegt werden müssen und Standorte daraufhin geprüft werden. Dies ist nicht geschehen. Der Ausschluss der Standorte Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst der KEWA-Studie fand unter völlig unterschiedlichen Gesichtspunkten statt.

Abseits

Nachdem in der vergangenen Woche Herr Kreusch von der Mehrheitskoalition einen Maulkorb verpasst bekam, setzte sich in dieser Woche das unwürdige Schmierentheater im Ausschuss fort.

Der Sachverständige Dr. Möller begann seine Erklärung damit, welche Aspekte er in seinen Ausführungen weglassen müsse, da man versäumt hatte, ihm im Vorfeld die Redezeitbegrenzung von 30 Minuten mitzuteilen. Er wurde von der Ausschussvorsitzenden Dr. Maria Flachsbarth gebeten, sich auf den Untersuchungsauftrag zu konzentrieren. Kurz nach Beginn seiner Ausführungen musste die Sitzung jedoch unterbrochen werden, während er sich auf ein Gutachten von Dr. Anselm Tiggemann berief. Herr Dr. Tiggemann, von den Oppositionsfraktionen als Zeuge benannt, ist seit dem 1. Juni mit einer halben Stelle bei der CDU-Fraktion beschäftigt und befand sich im Anhörungssaal. Nach Untersuchungsausschussgesetz darf ein benannter Zeuge der Beweisaufnahme aber nicht beiwohnen, wenn Fragen erörtert werden, zu denen der Zeuge noch gehört werden soll. Der Antrag der Grünen, Herrn Dr. Tiggemann deshalb notwendigerweise von der Sitzung auszuschließen, führte bei der Mehrheitskoalition zu regem Protest. Letztendlich musste aber dem Gesetz gefolgt werden, und Dr. Anselm Tiggemann und mit ihm der als Gast anwesende Matthias Edler wurden von der Anhörung ausgeschlossen. Außerdem wurde – offenbar als Retourkutsche - Ulrich Kleemann, Mitarbeiter bei den

Grünen und ehemals beim BfS, spontan als potentieller Zeuge von der Union benannt und musste ebenfalls den Saal verlassen. Die Union konnte keine Begründung nennen, in welchem Zusammenhang Herr Kleemann zum Untersuchungsauftrag steht. Solange aber diese Begründung nicht vorliegt, kann Herr Kleemann nicht als Zeuge benannt werden und er hätte eigentlich weiter an der Sitzung teilnehmen können. Er steht nun bis zur Klärung dieses Dissens der grünen Fraktion nicht mehr im Ausschuss zur Verfügung. Die Opposition sieht in dem Vorgang eine Beschneidung ihres Minderheitenrechts. Seitens der Opposition kam noch der Vorschlag, Dr. Tiggemann und Edler noch vor der Sommerpause am 8. Juli zu hören, damit Dr. Tiggemann der CDU-Fraktion für den Ausschuss wieder zur Verfügung steht. Die Koalition lehnte das ab und besteht auf dem von ihr aufgestellten Zeitplan zur Zeugenbefragung.

Die Befragung des Sachverständigen Dr. Detlev Möller durch den CDU-Obmann Grindel verursachte eine gewisse Aufregung. Als er anfragt, Herrn Dr. Möller nach seinem Dienstverhältnis beim BfS auszufragen, konnte Herr Dr. Möller ab einem gewissen Punkt keine Auskunft mehr geben. Die Sitzung wurde unterbrochen, die Öffentlichkeit nach draußen gebeten. Herr Grindel hatte implizit durch die Fragestellung die Glaubwürdigkeit des Sachverständigen angezweifelt. Herr Dr. Möller durfte jedoch schlicht aus seinem Dienstverhältnis heraus zu einigen Fragen keine Auskunft geben. Die bis dahin fehlende Aussagegenehmigung für Herrn Dr. Möller zu allen Fragen des Untersuchungsauftrages wurde vom BfS aber unmittelbar nachgereicht. Dass Herr Grindel trotzdem noch versucht hat, den Sachverständigen als unglaubwürdig darzustellen, zeigte sich an nachfolgender Befragung: Grindel wollte wissen, ob Herrn Dr. Möllers Anstellung beim BfS auf Grundlage einer Ausschreibung erfolgte; ob er vom BfS speziell für den Untersuchungsausschuss angestellt worden sei; welche Rolle seine Arbeit mit den für den PUA bestimmten Akten beim Kontakt mit der Öffentlichkeit spielten. Der Sachverständige konnte alle Verdachtsmomente ausräumen, die Herr Grindel impliziert hat. Herrn Grindels Befragung steigerte sich in einen Stil, den man aus Gerichtsverfahren bei der Vernehmung eines Angeklagten kennt: welche Aussagen seiner Dissertation mit seinem heutigen Dienstverhältnis in Zusammenhang stünden; mit wem er sich über das, was er heute dem Ausschuss sage, abstimmen musste; und letztendlich, als Dr. Möller antwortete, dass zu seinen Aufgaben beim BfS die Sichtung, Bewertung und Erfassung von Akten gehöre, was er denn unter Aktenbewertung verstünde. An dieser Stelle griff ein Mitglied der Opposition ein. Selbst ein anwesender Regierungsbeauftragter des BMU stellte fest, dass Herr Dr. Möller auf solche Fragen nicht antworten müsse, da sie nichts mit dem Untersuchungsauftrag zu tun haben.

Herr Grindel, der in Sitzungen dadurch auffällt, dass er unaufgefordert immer wieder das Wort ergreift, um scheinbar stellvertretend für die Ausschussvorsitzende festlegen zu wollen, was die Opposition fragen darf und was die Sachverständigen antworten dürfen, muss von Dr. Maria Flachsbarth (als tatsächliche Vorsitzende) immer wieder zur Ordnung gerufen werden. Er geht bei seinen Befragungen und Äußerungen so weit, dass er ohne jegliche Basis Verdächtigungen herstellt, die an den Sachverständigen haften bleiben und sie diskreditieren sollen.

Es zeigt sich zum wiederholten Mal, mit welchen Mitteln die Koalition, insbesondere der CDU-Obmann Grindel, die Arbeit des Untersuchungsausschusses behindern will.

LINKE in Gorleben fragen nach Ölvorkommen

Stark interessiert zeigte sich die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE am vergangenen Dienstag bei einem Besuch im Gorlebener Salzbergwerk. Mit von der Partie waren auch der lokale Landtagsabgeordnete Kurt Herzog und die Nachrückerin Johanna Voss aus der Region, die ab November im Bundestag nachrücken wird. Dorothee Menzner, linke Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss, fasste die Ergebnisse der Bereisung im Anschluss zusammen. „Die gute Arbeit der Bergleute in Gorleben darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es sich von Anbeginn der Standortbenennung um einen der ungeeignetsten Salzstöcke in Norddeutschland handelt.“



Regina Girod, Kurt Herzog (MdB), Volker Schneider, Ralph Lenkert (MdB), Jens Petermann (MdB), Johanna Voss, Kornelia Möller (MdB), Dorothee Menzner (MdB) vor der Schutzhütte am Gelände Schacht Gorleben

Sollte es jemals zu einem Standortvergleich mit weiteren Endlagerstandorten in Deutschland kommen, so wird Gorleben mit Sicherheit auf der Strecke bleiben!“

Was die Abgeordneten aus Ost und West-Deutschland besonders verwundert hat, ist die Tatsache, dass von der Explosion eines Ölbohrturmes bei Lenzen, im Jahr 1968, bis heute

niemand von der Betreiberseite etwas gehört hat. Damals war im Salzstock Gorleben-Rambow in 3.000 m Tiefe ein unter hohem Druck stehendes Gas-Ölgemisch angebohrt worden und explodiert. Das Feuer konnte erst nach 2 Tagen gelöscht werden. – Obwohl allgemein bekannt ist, dass Öl- und Gasvorkommen bevorzugt im Bereich von Salzstöcken anzutreffen sind, ist diesem Verdacht nie offiziell nachgegangen worden. Menzner fand unterdessen bei der Begehung unter Tage, die Öltropfstelle im Erkundungsbereich 1 sei größer geworden, seit ihrem letzten Besuch. „Auf jeden Fall werden wir diesen ungeklärten Fragen im Untersuchungsausschuss nachgehen“, bekräftigt Menzner auch im Anschluss bei einer Diskussionsrunde mit erfahrenen Atomkritikern aus dem Wendland im Cafe Schwedenschanze. Zuvor hatten sich die Abgeordneten vom Aussichtsturm ein Bild vom bisher fast unerforschten Nordteil des Salzstockes Rambow gemacht. Hier vom Höhbeck ist die Stadt Lenzen und der Rudower See wunderbar zu sehen, der im Übrigen vor 13.000 Jahren entstand, weil der Salzstock darunter ausgewaschen worden war und das Deckgebirge eingebrochen ist. – Keine gute Voraussetzung zur sicheren Atommülllagerung für hunderttausende von Jahren.

Personalien:

- **Dr. Detlev Möller** ist Geschichtswissenschaftler und hat zur "Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland" promoviert. Er war auch Sachverständiger beim parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Asse des niedersächsischen Landtages
- **Henning Rösel** war Vizepräsident des Bundesamtes für Strahlenschutz

01.07.2010

"Lass die Finger davon".

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

Prof. Dieter Kind, ehemaliger Präsident der Physikalische-Technischen Bundesanstalt (PTB) hat es mit dem Ausspruch "Lass die Finger davon, das ist nicht Euer Bier" umschrieben. Sinngemäß lautete so eine Anordnung des Bundesinnenministeriums vom Mai 1983, die Kinds Mitarbeiter als klare Weisung empfunden haben.

Die Empfehlung, andere Standorte neben Gorleben zu erkunden, wurde auf diese Weisung hin aus dem Zwischenbericht der PTB, der für die Kabinettsentscheidung vom selben Jahr von zentraler Bedeutung war, gestrichen. Der Zwischenbericht der PTB zu den Untersuchungsergebnissen der obertägigen Erkundung von Gorleben verzichtete also in seiner endgültigen Fassung auf die Forderung, weitere Endlagerstandorte zu erkunden. Darin folgten die Wissenschaftler klar dem Willen ihres Dienstherrn,

dem Bundesinnenministerium. In der Kabinettsentscheidung wenige Monate später wurde festgelegt, Gorleben als einzigen Endlager-Standort zu erkunden.

Bis in die Abendstunden waren Präsident Kind und seine zuständigen Mitarbeiter Prof. Helmut Röthemeyer und Dr. Heinrich Illi vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss als Zeugen gehört worden. Ob es nun eine dienstliche Anordnung oder eine Weisung war, darüber waren sich Röthemeyer und Illi nicht einig. Dass der Wunsch des Bundesinnenministeriums jedoch befolgt wurde, stand für alle Beteiligten außer Frage, denn es war eine politische Vorgabe von höchster Stelle und der wurde nicht widersprochen. Es wurde im übrigen von den Zeugen nicht als fachliche Einmischung empfunden. Es habe ja schließlich auch nicht im Auftrag gestanden, darüber zu urteilen, ob andere Standorte erkundet werden sollten, so Röthemeyer.

Nach Angaben der PTB-Mitarbeiter waren zu einem Arbeitstreffen unter Fachleuten am 11.05.1983 plötzlich ungebeten Vertreter der betroffenen Ministerien (Wirtschaft, Innen und Forschung) erschienen und - wie Illi es beschrieb - erstmalig auch ein Vertreter des Bundeskanzleramtes, "die sonst nie dabei waren". Statt wie geplant die öffentliche Veranstaltung in Hitzacker vorzubereiten, ging es nunmehr hauptsächlich um Änderungswünsche am Zwischenbericht der PTB.

Ein offizielles Protokoll dieses "Überfall-Termins" liegt nicht vor, lediglich neun Seiten der persönlichen Mitschrift von Illi, die durchaus aufschlussreich sind. Auf die Frage, wer denn die Ministerialen aus Bonn wohl von dem Arbeitstreffen informiert hätte, wurde gemutmaßt dies könne jemand von der DBE (Deutsche Gesellschaft für den Bau und Betrieb von Endlagern) gewesen sein, da diese strikt gegen die Erkundung weiterer Standorte eingestellt war.

Heinrich Illi hält im übrigen die Bezeichnung „Gutachten“ für den Zwischenbericht für falsch. Denn die PTB war nicht unabhängig, sondern den Weisungen des Bundesinnenministers verpflichtet. Außerdem sagte er: „Die PTB war keine wissenschaftliche Einrichtung, sondern hatte Behördencharakter.“ Deshalb war es auch so natürlich für die Mitarbeiter, den Anordnungen von oben Folge zu leisten.

In fachlicher Hinsicht habe es aber dennoch keinen Einfluss gegeben, so Röthemeyer. Die sicherheitstechnische Bewertung sei nicht verändert worden. Für den Gorleben-Befürworter Röthemeyer hat das Gerede über die damalige Zeit sowieso nur den Wert von „ollen Kamellen“. Was man bei der untertägigen Erkundung vorgefunden habe, sei so positiv, dass die damalige Bewertung keine Relevanz mehr habe, so Röthemeyer. Für Röthemeyer mag der wendländische Salzstock so etwas wie sein Lebenswerk sein. Auch wenn man bis heute nicht endgültig wissen könne, ob er geeignet sei.

Wenn man genau hinsieht, sieht man durchaus fachliche Veränderungen zwischen den verschiedenen Entwürfen und der Endfassung. So ist die Bewertung der „Eignungshöflichkeit“ in den Entwürfen durchaus mit „Risiken“ und „Unsicherheiten“ verbunden. Im Endbericht wird dem Salzstock grundsätzlich „Eignungshöflichkeit“ bescheinigt.

Der Grund für das Vorpreschen der Regierungsvertreter ist für Heinrich Illi überdeutlich: „Man wollte den Atomkonflikt nicht irgendwo hintragen, das ist doch klar.“ Mehrere Standorte hätte denn wohl auch eine Vervielfachung des Protests bedeutet. „Sicher wäre ein Vergleich von Standorten von Wert,“ gibt sogar Röthemeyer zu. Vor allem in anderen Formationen wie etwa Ton. Aber im Salz ist für ihn Gorleben offenbar das höchste aller Gefühle. „Man kann an keinem Ort bessere Ergebnisse erwarten.“ Er sagt „Gorleben ist heute eignungshöflich im Quadrat.“ Er würde dem Salzstock gut und gerne acht Millionen Jahre Isolationspotenzial zubilligen. Illi hingegen hält solche Zukunftsszenarien für „Lesen im Kaffesatz“. „In der Geologie muss man sehr vorsichtig sein, was man prognostiziert.“

Jetzt auch Untersuchungsgegenstand: Pressemitteilungen der Fraktionen

Man sollte meinen, die Grundrechte von Meinungs- und Pressefreiheit gelten auch in Hinsicht auf den PUA. Was man aber am vergangenen Donnerstag noch erleben durfte, bevor hektisch die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, lässt ein wenig Irrung in diesem Punkt vermuten. Da war eine Vorsitzende Maria Flachsbarth (CDU), die nach Abschluss der Vernehmung des Zeugen Röthemeyer – die Ausschussmitglieder wollten gerade aufstehen, um Pause zu machen – plötzlich nochmal das Wort ergriff und von ihrem gesonderten Befragungsrecht Gebrauch machte: wie denn Herr Röthemeyer die Aussage einer Pressemitteilung bewerte. Einer Pressemitteilung zur gerade abgeschlossenen Vernehmung, deren Urheberfraktion im Saal anwesend wäre. Der Zeuge war irritiert, es entstand Unruhe und Zweifel über die Zulässigkeit der Frage. Dann las Frau Flachsbarth die Mitteilung vor: sie stammte von Sylvia Kotting-Uhl (Grüne). Der Zeuge solle diese bitte bewerten, bei laufendem Protokoll. Resultat: Aufregung und Ausschluss der Öffentlichkeit. Man mag über die Form und Art von Pressearbeit – welcher Fraktion auch immer – trefflich streiten können. Aber Untersuchungsgegenstand ist sie gewiss nicht. Und wo sind wir angekommen, wenn von einer Vorsitzenden suggeriert wird, Pressemitteilungen über die Bewertung der Zeugenaussagen müssten das Wahrheitsbild der Koalition widerspiegeln und bedürften der Zustimmung der Ausschussmehrheit?!

Berliner Stunde - de luxe

Die Berliner Stunde ist das Zeitmanagement, nach dem die einzelnen Fraktionen ihr Fragerecht ausüben dürfen. Sie verteilt sich partiell entsprechend der Fraktionsgrößen, der Aufruf erfolgt im Reisverschlussverfahren: CDU, SPD, FDP, LINKE und GRÜNE. Innerhalb dieser Zeit können die Fraktionen ihre Fragen stellen und die Antworten der Zeugen hören. Zu Beginn einer jeden Vernehmung hat die Ausschussvorsitzende (CDU) das Recht, Fragen zu stellen und Antworten zu hören – ohne Zeitbeschränkung. So gestaltet sich also jede Vernehmung zu Beginn so, dass die Vorsitzende etwa 15 Minuten oder nach Belieben länger befragt, danach 23 Minuten lang die CDU. Abgesehen davon, dass die Berliner Stunde kaum geeignet sein kann, die Minderheitenrechte eines Untersuchungsausschusses zu befördern, wirkt sie sich hier auch noch kontraproduktiv auf die Wahrheitsfindung aus. Denn wenn die Infrastruktur der Wahrheitsfindung an sich bereits parteipolitisch festgeschraubt ist, lässt sich kaum die größtmögliche Objektivität herstellen. Im übrigen sollte sich das Fragerecht der Ausschussvorsitzenden dann aber allenfalls auf Verfahrensfragen beschränken oder dem Zeitkontingent ihrer Partei zu Lasten gehen. Denn es wird langsam langweilig, sich bei jeder Zeugenvernehmung zuallererst eine dreiviertel Stunde die Suggestivfragen der Union anhören zu müssen.

Personalien:

- **Prof. Dr. Helmut Röthemeyer** war im Jahr 1983 in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) als Abteilungsleiter Sicherstellung und Endlagerung tätig. In dieser Funktion war er Mitverfasser des "Zusammenfassenden Zwischenberichts über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben" vom Mai 1983
- **Dr. Heinrich Illi** war im Jahr 1983 in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Mitarbeiter von Prof. Dr. Helmut Röthemeyer und hat die Arbeiten an dem "Zusammenfassenden Zwischenberichts über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben" koordiniert.
- **Prof. Dr. Kind** war im Zeitraum 1975 bis 1995 Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und stand damit der Behörde vor, der 1983 die Begutachtung des Standortes Gorleben übertragen worden war

08.07.2010

"Der Salzstock Gorleben ist tot".

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

Zeugenvernehmung - Klaus Duphorn - August Hanning - Wolf von Osten

Der Geologe Klaus Duphorn bestätigt, dass Gorleben als Endlager-Standort ungeeignet ist. Das wusste man schon vor 30 Jahren. Doch die Regierung hat den kritischen Wissenschaftler Duphorn diskreditiert und gechasst.

Das mit dem Erinnern ist so eine Sache. Doch für die Gedächtnisleistung der Menschen gibt es eine kleine Regel: Momente, die den Lauf der Dinge entscheidend verändern, vergisst man selten. So geht es wohl auch dem Geologen Klaus Duphorn, der am Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss aussagte. Er ist bekannt als Gorleben-Kritiker, der bereits 1981 vor den geologischen Schwächen des Salzstocks gewarnt hat. Durch ein kritisches Gutachten zum Salzstock fiel er bei seinen Auftraggebern, der Bundesregierung, in Ungnade, erhielt keine Aufträge mehr und musste seine Mitarbeiter entlassen. Seine damaligen Untersuchungsergebnisse und die Auswertung der Untersuchungen der BGR brachten schon damals ein eindeutiges Ergebnis: Der Salzstock Gorleben ist als Endlager für hochradioaktiven Atommüll ungeeignet.

Professor Duphorn kann sich gut an diese Zeit vor 30 Jahren erinnern. Er war Ende der siebziger Jahre an der obertägigen Erkundung des Salzstocks beteiligt. Heute wirkt er keinesfalls verbittert - ärgern allerdings kann er sich immer noch über die Versuche 1982 aus dem Bundesforschungsministerium (BMFT), ihn fachlich zu diskreditieren. Dass Duphorn keine Vertragsverlängerung erhielt, weil seine wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mit der politischen Linie des Hauses übereinstimmten, bestätigt vor dem Ausschuss später auch der damals im BMFT ansässige Zeuge Wolf von Osten: „Das ist mit Sicherheit so.“ Es habe bei Kernenergiebefürwortern im Forschungsministerium die Meinung gegeben, dass man einige Wissenschaftler nicht befragen sollte. Duphorn hätte gerne weiter mit der PTB zusammengearbeitet und es gibt Anzeichen, dass es auch auf Seiten der PTB dieses Interesse gab. Doch die vorgesetzten Behörden beendeten die Zusammenarbeit. Duphorn hatte immer wieder auf das Wasser in der Gorlebener Rinne hingewiesen, die Grundwasserdynamik im Deckgebirge, auf Risse im Dauerfrostboden, die bis zu 600 Meter tief sein können. Dass das Deckgebirge tatsächlich nicht den Erwartungen entsprach, hatte bei den Verantwortlichen schließlich zur Konsequenz, dass man die geologischen Kriterien hintan stellte und strahlenmedizinische Kriterien höher bewertete.

Salz ist out

Doch der Auftragsentzug hat dem Ruf des Geologen und Hochschullehrers Duphorn von der Universität Kiel nicht geschadet. Er ist der bislang einzige unabhängige Wissenschaftler, der vor dem Untersuchungsausschuss aussagte. Bis heute ist Duphorn bei seiner Meinung geblieben: „Salz ist schlicht und einfach out.“ Die Kanadier seien schon vor 20 Jahren vom Salz abgekommen, auch die Amerikaner, die Niederländer und die Dänen würde n heute nicht mehr auf Salz als Wirtsgestein für ein Endlager setzen.

Duphorn war damals nicht der einzige Kritiker, auch die Professoren Memmert, Herrmann und Grimmel hatten zum Teil erhebliche Einwände gegen Gorleben und dessen alleinige Erkundung erhoben. Insbesondere Prof. Grimmel aus Hamburg hatte kritisiert, dass über den östlichen Teil des Salzstocks auf DDR-Gebiet zu wenig bekannt sein und dieser nicht erforscht werden könne. Doch Duphorn weiß auch hierzu etwas. Von einem Geologen aus Schwerin habe er Akten über die Gas- und Ölbohrungen im damaligen DDR-Teil des Salzstockes. In diesem Zusammenhang steht auch die Explosion eines Bohrturmes bei Lenzen im Jahre 1969. Insgesamt soll es sich nach Duphorn mindestens um 100.000 bis 1 Million Kubikmeter Erdgas und Erdöl handeln, die für ein mögliches Atommülllager eine große Gefahr

darstellten. Duphorn bezeichnete die Erdgasvorkommen als das akute Hauptproblem des Salzstocks und erklärte, dies werde das Projekt Gorleben zum Scheitern bringen.

Gedächtnislücken

Nach Duphorn stand der Zeuge August Hanning dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort. Den ehemaligen Geheimdienstkoordinator kann man als Dauergast in Untersuchungsausschüssen bezeichnen, denn er hat offensichtlich überall seine Hände drin gehabt. Doch Hanning zeigt sich erwartungsgemäß vergesslich und unangreifbar. Angesprochen auf das dubiose Gespräch am 11.5.1983, bei dem er das Bundeskanzleramt vertreten hat (siehe PUA-Newsletter vom 2.7.), erklärt er: „Das ist völlig normal, dass es solche Gespräche im Vorfeld einer wichtigen Kabinettsentscheidung gibt“. Er war damals Referent im Bundeskanzleramt und zuständig für entsorgungspolitische Fragen. In der Anhörung sagt Hanning im Anschluss an Duphorn aus. Noch in der vergangenen Woche hatte Heinrich Illi (PTB-Mitarbeiter) sich erinnert, dass am 11.5.1983 in ein Gespräch unter Experten ungeladen plötzlich Vertreter der Bundesregierung platzten. Er hatte herausgehoben, dass es zudem höchst ungewöhnlichen gewesen sei, dass mit Hanning sogar ein Vertreter des Bundeskanzleramts dabei war. Doch das konkrete Erinnern fällt Hanning erwartungsgemäß schwer. Überhaupt kann er lediglich Auskunft geben über die allgemeinen Vorgänge innerhalb von Behörden und Ministerien und kann nirgends etwas Ungewöhnliches finden. Im Zweifelsfall ist er schlicht nicht zuständig gewesen.

Wolf von Osten betonte, dass das Bundeskanzleramt eigentlich immer, bis zur Ablösung durch die Kohlregierung im Herbst 1982, für die Untersuchung mehrerer Standorte als Atommülllager war. Doch Niedersachsen hat auf nur einem Erkundungsstandort bestanden, auch Hessen, Bayern und Baden-Württemberg hätten sofort ablehnend reagiert. Ein politischer Druck rührte daher, dass die Entsorgungsgrundsätze den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke an die Entsorgung koppelten. Man habe deshalb versucht, „Gorleben mit allen Mitteln durchzudrücken“, so von Osten. Er beschreibt übrigens die damaligen Minister unter Helmut Schmidt, Gerhard Baum (BMI) und Andreas von Bülow (BMFT), eher atomkritisch, was nicht für alle ihre Staatssekretäre galt. Am Abqualifizieren des Wissenschaftlers Duphorn war 1982 zum Beispiel der damalige Staatssekretär im BMFT, Erwin Stahl, beteiligt. Nach Antritt der Regierung Helmut Kohl im Herbst 1982 wurden die Ministerien personell auf Atomkraft-Linie gebracht. An einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung hätte Duphorn damals durchaus weiter teilhaben wollen. Duphorn sagt heute: „Die Geschichte der Endlagerforschung weltweit zeigt, dass solche einseitigen Projekte wie Gorleben keine Chance haben.“ Und bringt seine Erkenntnisse auf den Punkt: „Für mich ist der Salzstock tot.“

Auf die Frage von Obfrau Dorothee Menzner, DIE LINKE, was es mit Erdöl- und Gas im Salzstock auf sich habe, antwortete Duphorn: "Dies halte ich für das akzte Hauptproblem Nummer eins."

Abseits

Während die Union sich im Laufe der Zeugenvernehmung am 8.Juli relativ ruhig verhielt, gestattete sich die Ausschussvorsitzende zu Beginn immerhin eine ganze Stunde Fragezeit. Per Grundgesetz und Untersuchungsausschussgesetz soll es so sein, dass sich die Handhabung des Ausschussvorsitz nach allgemeiner Parlamentarischer Praxis richten soll. Diese allgemeine Praxis besagt, dass bei Untersuchungsausschüssen im Interesse des Minderheitenschutzes der Vorsitz rotieren soll, nämlich zwischen den Oppositions- und den Regierungsfractionen. Das ist allerdings eine Soll-, keine Mussbestimmung. Ob Vorstöße in diese Richtung Erfolg haben würden ist sehr zweifelhaft, schließlich gilt das Votum der Ausschussmehrheit, die neuerdings auch festlegt, was objektive Wahrheit und Tatsachen sind. Da drängt sich gleich das nächste Thema auf, nämlich

Tatsachen, Fakten und andere Subjektivitäten

Während der Befragung des Herrn Dr. von Osten wurde die Obfrau der LINKEN, Dorothee Menzner, von der Vorsitzenden Flachsbarth unterbrochen. Der Grund war eine Frage, die Dorothee Menzner an den Zeugen gestellt hat zu einem Sachverhalt, der nach Meinung der CDU-Frau längst geklärt worden ist: zur Frage nach der Erkundung nach Berg- oder Atomrecht. Frau Menzner durfte bei Anwesenheit der Öffentlichkeit keinen Protest mehr dazu abgeben. Es drängte sich aber sehr der Eindruck auf, dass die Union über Ausschussformalitäten versucht, gewisse subjektive Zeugenaussagen als Wahrheit festzuhalten und Gesagtes zu Fakten zu machen, wenn es dem entspricht, was man gerne hören wollte. Die Formalia, derer man sich hier bedient, steht im Untersuchungsausschussgesetz: es dürfen bei der Befragung keine Unwahrheiten bzw. Vorhaltungen benutzt werden.

Nach der gleichen Logik wäre den Oppositionsfraktionen jetzt zu empfehlen, jedesmal, wenn von der Eignung Gorlebens als Endlager die Rede ist, die Vorsitzende zu ermahnen, einzuschreiten. Denn der Zeuge Duphorn hat am 8. Juli deutlich erklärt, dass Gorleben ungeeignet ist. Und was gesagt wurde, ist nach Meinung der Koalition ja Fakt.

Personalien:

- **Prof. Dr. Klaus Duphorn**, emeritierter Professor für Geologie der Universität Kiel, war von 1962-74 als Geologe beim Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (LBEG) tätig und hat im Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) am Standorterkundungsprogramm 1979 bis 1981 mitgewirkt. Seine kritische Beurteilung der geologischen Verhältnisse in Gorleben führte dazu, dass sein Forschungsauftrag kurzfristig beendet wurde. Er hat auch danach diverse gutachterliche Stellungnahmen zur Standorterkundung abgegeben und zu den geologischen Anforderungen und zur Eignung des Salzstocks Gorleben publiziert.
- **Dr. August Hanning** war 1981 bis 1983 als Oberregierungsrat im Kanzleramt tätig und mit der Fertigung von Berichten über den Planungsstand der Endlagerung radioaktiver Abfälle befasst. Danach hat Hanning zahlreiche politische Ämter bekleidet, u.a. war er von 1998 bis 2005 Präsident des Bundesnachrichtendienstes und von 2005 bis 2009 Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren.
- **Dr. Wolf von Osten** war 1983 als Regierungsdirektor im Bundeskanzleramt tätig. Er war in den Prozess der Erstellung des Zwischenberichts der PTB zur weiteren Erkundung des Standorts Gorleben (1983) eingebunden.

16.09.2010

Ermittlungen unter Tage.

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

„Die Sitzung ist öffentlich!“ meldete die offizielle Mitteilung des Bundestags über den Besuch des Untersuchungsausschusses in Gorleben. Doch im Erkundungsbergwerk war davon nichts zu bemerken. Nicht einmal alle Mitarbeiter waren zur Fahrt unter Tage zugelassen, geschweige denn Presse oder interessierte Bürger



Dorothee Menzner im Gespräch - PUA unter Tage - Podiumsdiskussion mit der BI

Für die 15 Abgeordneten, die am 16.9. ins Bergwerk einfuhren, war die Besichtigung des Salzstocks erhellend, obwohl sie alle nicht das erste Mal unten waren. Dorothee Menzner, Obfrau der LINKEN im Untersuchungsausschuss Gorleben, hat sich im Kreis ihrer Kolleginnen und Kollegen von den Experten vor Ort bestätigen lassen, dass im Salzstock Kohlenwasserstoffe austreten: ein harziges Gemisch, das nach Teer oder Petroleum riecht. Wo Erdöl zu finden ist, ist das Gas nicht weit. Um das zu wissen, muss man nicht Geologe sein. Menzners Hinweise auf DDR-Akten, die Erdgasvorkommen in der Region bestätigen, hatten in den vergangenen Tagen ein großes Presseecho hervorgerufen. So erklärte denn auch einer der Begleiter im Bergwerk, Herr Dr. Bräuer von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), dass man sich dem Problem der Kohlenwasserstoffe bei der weiteren Erkundung zuerst widmen werde. Warum man dies nicht längst getan hat – schließlich wurden die DDR-Akten bereits vor 20 Jahren durch die BGR übernommen – bleibt ein Geheimnis. Die Oppositionsfraktionen im Untersuchungsausschuss werden diesbezügliche Akten bei der BGR als auch bei Gas de France (die den VEB Erdöl und Erdgas Grimmen in den 1990er Jahren gekauft hat) anfordern. Hitzige Debatte Nachmittags im Dannenberger Schützenhaus brannte die Luft. Davor hatten sich bereits ein Dutzend Trecker der Bäuerlichen Notgemeinschaft postiert. Die Obleute aller Fraktionen des Untersuchungsausschusses stellten sich auf Einladung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Naturgemäß mussten sich besonders Reinhard Grindel (CDU) und Maria Flachsbarth (CDU) dem geballten Zorn von etwa 300 Wendländern über eine sinnlose Laufzeitverlängerung und die Weitererkundung in Gorleben stellen.

Ab 1. Oktober sollen im „Erkundungsbergwerk“ wieder die Bohrmaschinen angeworfen werden, obwohl noch nicht einmal das Ergebnis des Untersuchungsausschusses fest steht und es massive geologische Einwände gegen den Standort Gorleben als Endlager für wärmeentwickelnden hochradioaktiven Müll gibt. Auch die durch die Bundesregierung geplante Enteignung, die besonders auf die Grundstücke des ortansässigen Grafen von Bernstorff, einem vehementen Gorleben-Kritiker, abzielt, wurde hitzig diskutiert. Für die LINKE wandte sich Dorothee Menzner deutlich gegen eine Weitererkundung. Solange weder die DDR-Akten im Zusammenhang mit Gasvorkommen ausgewertet noch der Untersuchungsausschuss zu einem Ergebnis gekommen sei, wäre es sinnlose Geldverschwendung, den Salzstock weiter zu erkunden. Während die christlich-liberalen Teilnehmer des Podiums mit dem Zauberwort Transparenz punkten wollten, stellte Menzner eindeutig klar, dass es hier nicht nur um Transparenz, sondern um eine echte Beteiligung der Bürger gehe, die justiziabel einklagbar sein müsse. Dafür war ihr der Applaus des Saales sicher.



Austretende Kohlenwasserstoffen im Salz des Erkundungsbergwerks Gorleben

30.09.2010

Brennstäbe auf Gasblase?

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

Der Geologe Kleemann und der Historiker Tiggemann berichten über die Probleme des geplanten Endlagers mit Gasvorkommen unter dem Salzstock – die Regierungen seit 25 Jahren vertuscht haben

Der eher unscheinbar wirkende Historiker Anselm Tiggemann zündete am Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss Gorleben nicht unbedingt voller Absicht eine Bombe. Die hatte die Form eines brisanten Dokuments von 1976, das Tiggemann auf hartnäckige Nachfragen von Dorothee Menzner, Obfrau der LINKEN im Untersuchungsausschuss, hervorkramte. Es beweist, dass bereits 1976 konkrete Hinweise auf größere Gasvorkommen unterhalb des Salzstocks Gorleben vorlagen. Tiggemann zitierte ausführlich aus einer streng vertraulichen Kabinettsvorlage der niedersächsischen Landesregierung unter Ernst Albrecht von 1976, die wir hier sinngemäß wiedergeben: „Nachdem es im benachbarten Lenzen zu zwei Gas-Explosionen gekommen war, wurden auf DDR-Seite 1969 zwei von drei Bohrungen in 2.000 m Tiefe abgebrochen. Nach dem Brand seien vom Bundesgrenzschutz keine weiteren Aktivitäten beobachtet worden. Auf Nachforschung von Ministerialrat Stuhr hätten die westlichen Gasbohrfirmen Preussag und Brigitta Elverat gesagt, dass mit großer Wahrscheinlichkeit Gas in 3.500 m unter Gorleben zu erwarten sei. Die Gasfirmen wollten aber vorerst auf eine Ausbeutung verzichten.“ Der Text wird in vollem Umfang dem Untersuchungsausschuss zu den Akten gereicht. Tiggemann beschrieb auch, in welcher Hektik der Interministerielle Arbeitskreis geriet, als er im Dezember 1976 erstmals von den Gasproblemen erfuhr und unter großem Zeitdruck nach belastbaren Informationen suchen musste. Nach der Gorleben-Standortbenennung wechselte die Zuständigkeit in Niedersachsen vom Wirtschaftsministerium zum Sozialministerium. Und als Ende 1977 in einer Bestandsaufnahme dokumentiert wurde, was man über den Standort Gorleben wusste, fand Tiggemann keine Belege, dass man die Gasfrage weiter bearbeitet habe. Dem Wunsch der Wirtschaft, diese Frage durch Bohrungen zu klären, verweigerte sich die Landesregierung.

Geologe wusste nichts vom Gas

Zuvor hatte der Zeuge Ulrich Kleemann, der bis vor kurzem als Geologe für das Bundesamt für Strahlenschutz tätig war, und mit den Gegebenheiten in Gorleben vertraut ist, auf Nachfrage der LINKEN erklärt, dass die durch DIE LINKEN nun wiederentdeckten Hinweise auf Gasvorkommen auf der DDR-Seite des Salzstocks ihm bislang nicht bekannt waren. „Ich nehme die Gasproblematik sehr ernst“, sagte Kleemann. Er brachte die mögliche Gasblase unterhalb des Salzstocks in einen Zusammenhang mit einer tektonischen Störungszone, über die man ebenfalls noch nicht viel wisse. Auf die Frage, warum man in all den Jahren nicht danach geforscht habe, obwohl es doch in unmittelbarer Nähe sogar Gas gefördert habe, musste Kleemann passen. Die LINKEN haben bereits Aktenbestände zu den Gasvorkommen West und Ost angefordert. Es liegt nahe, dass hier über Jahre grob fahrlässig gehandelt wurde. Es übersteigt die Vorstellungskraft, wenn sich nun herausstellt, dass alles Gerede über Sicherheit in Gorleben unter falschem Vorzeichen stand. Will man wirklich über 100 Grad heiße Brennstäbe über einem Gasfeld einlagern?

Dorothee Menzner und Kornelia Möller, die beide der Sitzung beiwohnten, sind entsetzt über die Skrupellosigkeit, mit der das damalige Kabinett Albrecht diese bedrohlichen Tatsachen vom Tisch gewischt hat. 25 Jahre lang wurde das Thema geheim gehalten und nie weiter nach einer möglichen großen Gasblase unter Gorleben geforscht. Menzner und Möller fordern daher: „Jetzt muss endlich Schluss sein mit dem Alibi-Atomüllprojekt Gorleben. Da die Entsorgung der Deutschen Atomkraftwerke ungelöst ist denn je, müssen die Atomkraftwerke mangels Entsorgungsnachweis sofort abgeschaltet werden.“

Personalien:

- **Dr. Ulrich Kleemann** war seit 2004 Leiter des Fachbereiches "Sicherheit nuklearer Entsorgung" beim BfS und für die Endlagerprojekte Morsleben, Schacht Konrad und Gorleben verantwortlich. Ab März 2009 war er ein Jahr lang vom damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel als technischer Geschäftsführer der Asse GmbH bestellt worden. Er war unter anderem beteiligt am Workshop "Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle" am 6./7. März 2007 und Mitautor der gleichnamigen Dokumentation des BfS.
- **Dr. Anselm Tiggemann** hat 2003 an der Universität Dortmund promoviert zum Thema „Die Achillesferse der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland: Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955 bis 1985“ und seitdem verschiedentlich zum Auswahlprozess und zur Standortbenennung Gorlebens geforscht und publiziert. Er hat zuletzt im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz eine Expertise zur Standortvorauswahl für das „Entsorgungszentrum“ 1976/77 veröffentlicht mit dem Titel „Gorleben als Entsorgungs- und Endlagerzentrum“.

07.10.2010

Im Dienste der Wirtschaft.

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

[Im Untersuchungsausschuss Gorleben berichten der Geomorphologe Prof. Dr. Eckard Grimmel und Dr. Gerhard Stier-Friedland](#)

Professor Grimmel aus Hamburg verurteilte die Standortentscheidung Gorleben in Bausch und Bogen. Deutschland sei das einzige Land der Welt, das entgegen internationaler Erfahrung am Endlager-Wirtsgestein Salz festhalte

Wie mit einem Paukenschlag kanzelte Professor Eckhard Grimmel die Standortentscheidung Gorleben herab. Der Professor aus Hamburg sieht es als Fehlurteil, wenn man von offizieller Seite noch heute dem Salzstock Gorleben durchweg positive Eigenschaften für ein Atommüll-Endlager zuschreibt. „Solch ein Unsinn!“ so Grimmel. Seit Jahrzehnten werde hier im deutschen Alleingang an einem Endlagermedium festgehalten, auf das kein anderes Land setze: Salz.

Kein Zeuge hat sich bislang vor dem Untersuchungsausschuss so dezidiert gegen ein Endlager in Gorleben und überhaupt gegen das Salz als Wirtsgestein für die Aufnahme von hochradioaktiven Abfällen ausgesprochen wie Grimmel. Es gebe nirgends positive Erfahrungen mit Salz, sagte er. Es gebe aber die negativen Erfahrungen in der Bunderepublik, nämlich mit der ASSE bei Wolfenbüttel und Bartensleben (eher bekannt als Morsleben), dem zu DDR-Zeiten eingerichteten Endlager. Beides Beispiele für havarierende Versuche von Endlagern im Salz. Auch in den USA habe man in New Mexico die Erfahrung von Laugenzutritten gemacht. Grimmel bewertet es als große Torheit hierzulande auf Salzstöcke gesetzt zu haben.

Auf Nachfragen durch DIE LINKE, insbesondere Dorothee Menzner und Jens Petermann, erklärte er, in Gorleben sei man ganz bestimmt nicht nach dem Stand von Wissenschaft und Technik vorgegangen, sonst hätte man sich ganz anders mit der Problematik auseinandersetzen müssen. Es habe keine Einsicht und keinerlei Lernfortschritt gegeben. In den USA sei man bereits in den siebziger Jahren vom Salz abgerückt. In den Niederlanden nur wenig später.

Erdgas ist K.O.-Kriterium

Im Grunde habe er das alles bereits bei diversen öffentlichen Anhörungen gesagt, zu denen er jeweils als Sachverständiger geladen war: 1980, 1984 und 1988. Man brauche nur die alten Unterlagen hervorzuholen, alles habe noch Gültigkeit: Die Region Gorleben ist tektonisch und seismisch instabil. Das Deckgebirge über dem Salzstock ist wasserdurchlässig, es gibt also Grundwasserkontakt mit dem Effekt von Subrosion (Salzauflösung). Anhydritschichten durchziehen den Salzstock, die Gas und Wasser leiten können. Zudem birgt die Region Rohstoffpotenzial, nicht zuletzt das Salz selbst. Der gesamte Salzstock liege auf einer Antiklinalstruktur, in der grundsätzlich Erdgas zu erwarten ist. Für ein Atom-Endlager ist Erdgas sicherlich ein K.O.-Kriterium, erklärte er auf Nachfrage.

„Das ist so, als wenn Sie ein größeres Gebäude haben, bei dem das Dach kaputt ist. Aber an einer Stelle ist es noch heil und nun sagen Sie: da kann man ja noch etwas einbringen,“ erklärte Grimmel. So verhält es sich mit dem Salzstock Gorleben. Man versucht, die schwierigen Verhältnisse und Probleme rund um einen Kernbereich der potenziellen Einlagerungsstätte auszublenden.

CDU-Obmann Grindel hatte wenig Erfolg mit seinen Versuchen, den Sachverstand von Professor Grimmel in Abrede zu stellen. „Sie sind doch Geograph“, wollte Grindel dem Professor einen Strick drehen. Daraufhin erhielt er ersteinmal eine kleine Unterweisung. Ob er eigentlich wisse, was Geographie sei: Man spreche auch von der Geosystemwissenschaft, die das Zusammenwirken der verschiedenen Sphären untersucht, die Hydrosphäre, Lithosphäre und Biosphäre, um nur wenige Beispiele zu nennen. Dann versuchte es Grindel damit, wie er, Grimmel, mit seinen Ansichten allein stehe. Doch seit Galilei ist auch das kein wirkliches Mittel, um jemandem grundsätzlich Glaubwürdigkeit abzusprechen. Was der langjährig für die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe tätige Gorleben-Befürworter Venzlaff von sich gebe sei „völlig abwegig“, so Professor Grimmel.

In der Folge ging dann viel darum, wer eigentlich die Fachleute sind, die seit Jahrzehnten daran festhalten, Gorleben „Eignungshöflichkeit“ zu bescheinigen. Und wie es sich eigentlich mit der Wissenschaftlichkeit verhält, wenn man in einer Behörde arbeitet, die einem Ministerium weisungsgebunden ist. Einer dieser Behördenmitarbeiter war der Geologe Gerhard Stier-Friedland, den der Ausschuss am Vormittag vernommen hatte. Ein farbloser Kandidat, der dem Ausschuss all das wieder auftischte, das sein langjähriger Vorgesetzter Röthemeyer, dem Untersuchungsausschuss bereits im Juli weiszumachen versucht hatte.

Laut Professor Grimmel habe es in den siebziger und achtziger Jahren ein merkwürdiges Geflecht aus politischen und wirtschaftlichen Interessen gegeben. Hinter den politischen Entscheidungen für Gorleben standen immer auch Wissenschaftler. So sei das eben mit dem magischen Dreieck aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Auch diese Einschätzung Grimmels könnte man in der Frage Atompolitik getrost auf heute übertragen.

Personalien:

- **Dr. Gerd Stier-Friedland** war im Jahr 1983 Referent in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) – Vorgängerorganisation des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) – und wurde später Referatsleiter im BfS. Er war hat m Zwischenbericht der PTB von 1983 mitgewirkt, der ausschlaggebend für die Kabinettsentscheidung vom selben Jahr war, Gorleben (und nur Gorleben) untertägig zu erkunden.
- **Prof. Dr. Eckhard Grimmel** ist Geomorphologe und emeritierter Professor der Universität Hamburg. Er hat 1977 bis 1983 sowie danach zur Eignung des Salzstockes Gorleben geforscht und publiziert.

29.10.2010

Arroganz der Macht.

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

Zeugenvernehmung durch Koalition kurzerhand abgesagt

Dass die Abstimmung über die Laufzeitverlängerung der AKW keine Spaßveranstaltung werden würde, wusste jeder. Turbulenzen in der Bundestagsdebatte waren vorprogrammiert. Dass die Koalition aus CDU/CSU und FDP die Gunst der Stunde nutzen würde, um kurzerhand Sitzung und Zeugenvernehmung im Untersuchungsausschuss Gorleben abzusagen, ahnte allerdings niemand.

So geschehen am gestrigen Donnerstag. Eigentlich sollte ein Zeuge der Opposition vernommen werden: Heinz Nickel, ein ehemaliger Mitarbeiter der ruhmreichen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, der allerdings dort aber eine kritische Haltung besitzt und daraus auch nie ein Hehl gemacht hat. Der zweite, von der Koalition benannte Zeuge, Werner Jaritz (ebenfalls BGR), hatte zuvor bereits aus gesundheitlichen Gründen abgesagt.

Doch dann wurde Nickel, schon im Auto sitzend, in aller Herrgottsfrühe zur Umkehr veranlasst, weil man, so die Begründung der Vorsitzenden, die wegen der vielen namentlichen Abstimmungen zur Laufzeitverlängerung vermutlich längere Wartezeit dem Zeugen nicht zumuten wollte. Dass eine Ausschussvorsitzende ohne Beschluss und ohne die Zustimmung der Oppositionsfraktionen eine Sitzung mit Zeugenvernehmung einfach absagt, ist ein einmaliger Vorgang in der Parlamentsgeschichte.

Es ist ein Beweis, wie CDU/CSU und FDP unter Mitwirkung einer der eigenen Koalition zugehörigen Ausschussvorsitzenden unter Missachtung der demokratischen Regeln agieren wie die Elefanten im Porzellanladen. Es ist peinlich, wie die Koalition mit einem Gremium umspringt, das der Minderheit im Parlament zu ihrem Recht verhelfen sollte. Insbesondere das Team Obmann Grindel und Vorsitzende Flachsbarth (beide CDU) glauben sich immer wieder arrogant über grundsätzliche Vereinbarungen hinwegsetzen zu können.

Die Vorsitzende Flachsbarth hatte am Freitag zunächst eingeräumt, Fehler gemacht zu haben. Sie habe am Donnerstag Morgen „unrechtmäßig entschieden“, sagte sie am Freitag in der Sondersitzung des Untersuchungsausschusses. Man habe mit einer noch am Donnerstag im Nachhinein kurzfristig einberufenen Beratungssitzung um die Mittagszeit einen formellen Beschluss herbeigeführt und damit den „Fehler heilen“ wollen.

„Maria Flachsbarth ist offensichtlich mit dem Ausschussvorsitz überfordert. Anstatt sich mit ihrem Stellvertreter abzusprechen und ihn mit einzubeziehen, wie das in anderen Ausschüssen üblich ist, beansprucht sie permanent die Alleinvertretung. Nicht nur, weil durch ein Abwechseln der Vorsitzenden mit ihrem Stellvertreter von der Opposition mehr Objektivität in die Debatte käme, wäre sie gut beraten, sich zukünftig nicht nur auf sich selbst zu verlassen. Ihr Agieren ist dem unabhängigen Status einer Vorsitzenden abträglich,“ kommentierte Dorothee Menzner, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss die Absage der gestrigen Zeugenvernehmung sowie den Verlauf der heutigen Sondersitzung.

Anstatt die Chance der kurzfristig auf Antrag der Opposition einberufenen Sondersitzung am Freitag für eine Aussprache zu nutzen, wurde diese nicht zugelassen. Dennoch referierten sowohl die Vorsitzende Flachsbarth ausführlich das Prozedere vom Vortag und ließ zudem an falscher Stelle Äußerungen Grindels zum Thema zu. Allein die Kritik der Opposition wurde nicht angehört.

11.11.2010

Späte Genugtuung.

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

Heinz Nickel vor dem Untersuchungsausschuss, Eskapaden mit dem Ausschuss-Vorsitz

Nach dreißig Jahren findet ein Wissenschaftler im Gorleben-Untersuchungsausschuss endlich Gehör. Seine Messergebnisse waren seinerzeit nicht gewollt, weil sie dem Salzstock Gorleben ein schlechtes Zeugnis ausstellten

Aus einem faltigen Gesicht blicken einen tief liegende freundliche Augen an. Vor dem Untersuchungsausschuss Gorleben sagte gestern ein älterer, von schwerer Krankheit gezeichneter Herr aus. Doch seiner Rede war nichts von seinem gebrechlichen Zustand anzumerken, er sprach in klaren, deutlichen Worten und ließ sich durch Fragen aus den Reihen der CDU, die ihn verunsichern sollten, nicht beeindrucken, sondern antwortete lächelnd und freundlich.

Für Heinz Nickel ist mit seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss ein lang gehegter Wunsch auf Gehör in Erfüllung gegangen. Denn seine Forschungsergebnisse aus Anfang der 1980er Jahre waren unterdrückt und der Öffentlichkeit vorenthalten worden. In einem Polit-Magazin hatte er vor einer Woche von Zensur gesprochen, denn noch 1991 war ein Aufsatz von ihm ohne Rücksprache in einem Geologischen Jahrbuch verfälscht abgedruckt worden.

Unreines Steinsalz

Nickel hatte durch ein durch ihn selbst entwickeltes spezielles Messverfahren, das er zwischen den Schachtvorbohrungen Go 5001 und Go 5002 in Gorleben einsetzte, ermittelt, dass das Gestein zwischen den geplanten Schächten „zechsteinuntypisch“ oder „elektrisch untypisch“ sei – und zwar in einer Form wie Nickel sie noch nie bei Salzstöcken angetroffen hatte. „In Gorleben war offensichtlich die Häufung von Inhomogenitäten im älteren Steinsalz wesentlich größer als üblich“, so Nickel. Und die Erfahrung, was im Kalibergbau üblich ist, die hat kaum ein anderer. Nickel kennt sie alle, die Salzstöcke, in denen Kalibergbau betrieben wurde. „Mehr Kenntnisse über den Kalibergbau dürfte kaum jemand in der Bundesanstalt besitzen,“ wagte Nickel zu behaupten. Als Diplom-Physiker war Nickel seit 1958 bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) beschäftigt.

Für Geologen auf der Suche nach einem Atommülllager sind Nickels Messwerte von 1982 eine äußerst schlechte Nachricht, denn sie verweisen auf unreines, inhomogenes, zerklüftetes Salz – auch wenn sie keine Aussagen treffen über die Gesamtheit des Salzstocks. Solche Verunreinigungen im Salz können eine Atommüllagerstätte untauglich machen, denn sie bieten im Zweifel Wegsamkeiten für Radionuklide. Die Langzeitsicherheit ist dann unter Umständen nicht mehr gewährleistet.

Unerwünschte Messwerte

Vor allem waren solche Messwerte zu diesem Zeitpunkt unerwünscht: Anfang der achtziger Jahre stand eine Kabinettsentscheidung zur untertägigen Erkundung Gorlebens an. Erst als die Entscheidung getroffen war, flossen Nickels Messwerte in einen internen Bericht der DBE ein, der dann nur noch für eine spezialisierte Fachwelt interessant war.

Die vorangegangene Vernehmung des Zeugen Prof. Dr. Michael Langer war gänzlich unergiebig. Der frühere Kollege von Nickel bei der BGR hatte wenig zum Untersuchungsauftrag beizutragen, war weder an der Erstellung des PTB-Zwischenberichts von 1983 beteiligt, noch bei wichtigen Gesprächen zugegen. Trotzdem ließ es sich die Koalition, die ihn geladen hatte, nicht nehmen, ihn stundenlang zu befragen, auch dann noch als Langer sichtlich erschöpft wirkte. Der Zeuge Detlef Appel schließlich, dessen

Vernehmung erst um 18.50 Uhr beginnen konnte, musste um 20.30 Uhr unterbrochen werden, weil er zum Zug musste. Seine Vernehmung wird zu einem bislang unbekanntem Zeitpunkt fortgesetzt.

„Ich habe im Bergbau nie Angst gehabt“, hatte Nickel gegen Ende seiner Vernehmung noch erklärt, „nicht in Südafrika in dreitausend Meter tiefen Goldminen und auch nicht im 1.200 Meter tiefen Kalibergwerken.“ Doch in Gorleben, mit all den Laugenvorkommen und Gaseinschlüssen im Rücken würde er niemals arbeiten wollen. „Dann würde ich lieber meinen Beruf wechseln.“ Nickel hält die Arbeit in Gorleben für eine latente Gefahr, es könne hier zu einem Ausbruch kommen, den niemand vorhersehen kann, so Nickel. Auch ohne hochradioaktiven Müll.

Personalien:

- **Heinz Nickel** war als Diplom-Physiker von 1979 bis 1983 für die BGR an den geologischen Vorerkundungen in Gorleben beteiligt. In dieser Zeit war er u.a. zur Aufbereitung der wissenschaftlichen Berichte der BGR an das BMWi abgeordnet.
- **Prof. Michael Langer** war im Jahr 1983 Unterabteilungsleiter in der BGR und hier mit den Themengebieten „übertägige Erkundung in Gorleben“ sowie „Entscheidung zur untertägigen Erkundung“ befasst.
- **Dipl. Geologe Dr. Detlef Appell** arbeitet als Geologe beim Geowissenschaftlichen Büro PanGeo in Hannover. Seit 1983 ist er selbständig tätig als Berater und Gutachter zu Grundwasser- und Bodenschutz, Umweltverträglichkeitsbeurteilungen, Altlasten, Endlagerung radioaktiver und konventioneller Abfälle. Im Bereich der Endlagerung radioaktiver Abfälle ist er seit Mitte der siebziger Jahre Gutachter und Berater von politischen Parteien, NGOs, Kommunen und vor allem von Landes- und Bundesministerien zu methodischen und geologischen Fragen der Endlagerung. Er arbeitete in deutschen und internationalen Gremien zur Entwicklung von Entsorgungsstrategien und zu Auswahlverfahren für Endlagerstandorte. Weiterhin war er Mitglied des ESK-Ausschusses Endlagerung.

25.11.2010

Gasfunde in Gorleben schon seit den 1960er Jahren bekannt.

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss (PUA-Sondersitzung)

Fortsetzung der Zeugenvernehmung Dr. Detlef Appell

Geologen wussten schon frühzeitig, dass Gaslagerstätten im Bereich Gorleben existieren. Doch Untersuchungen in Bezug auf die Langzeitsicherheit blieben aus

„Bei der Erkundung von Gorleben wurden offensichtlich eklatante Fehler gemacht“, so Dorothee Menzner, Obfrau der Bundestagsfraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss Gorleben zur heutigen Zeugenvernehmung des Geologen Detlef Appell. „Man ist nie der Frage nachgegangen, was Erdgasvorkommen, die bereits aus den 1960er Jahren bekannt sind, für ein geplantes Endlager bedeuten. Ob sich beispielsweise die mechanischen Eigenschaften des Gesteins unter der Wärmeentwicklung verändern und ob das unter hohem Druck stehende Gas, das sich im und unter dem Salzstock befindet, Reaktionen hervorrufen kann oder sich Wegsamkeiten bilden können. Hier ist

vermutlich nicht einfach geschlampt worden. Diese Fragen sind systematisch ignoriert worden, weil sich Gorleben dann frühzeitig als ‚nicht eignungs­hoffig‘ erwiesen hätte.

Normalerweise müsste man einer Institution wie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), die für den geologischen Teil der Erkundung verantwortlich ist, sofort den Auftrag für die Erkundung entziehen. Es kann sich keine Institution wissenschaftlich nennen, die eine solch substanzielle Frage Jahrzehnte lang offenbar systematisch ignoriert“, so Dorothee Menzner weiter. „Erst zum heutigen Zeitpunkt plant die BGR offenbar ein Untersuchungsprogramm zu dieser Frage. Sie muss sich vorwerfen lassen, 30 Jahre lang geschlafen zu haben.

Der Zeuge Detlef Appel hat heute vor dem Untersuchungsausschuss Gorleben von Bohrungen aus den 1960er Jahren berichtet, bei denen Gas gefunden wurde. Er habe später diese Bohrungen ausgewertet und eindeutig dokumentierte Hinweise auf Gas gefunden. Offensichtlich sind diese Gasvorkommen aber nie hinsichtlich der Langzeitsicherheit ausgewertet worden. Man hat sich darauf beschränkt, diese Gasvorkommen als ‚nicht förderungswürdig‘ zu beschreiben, wie im PTB-Zwischenbericht geschehen. Appel berichtete, dass der Göttinger Professor Hermann damals erstaunt war, wie stark doch die Gaszutritte innerhalb des Salzstocks waren.

Appel wies in diesem Zusammenhang ebenfalls auf die Gefahr hin, dass die Gasvorkommen unterhalb und in der Umgebung des Salzstocks für spätere Generationen durchaus als förderungswürdig eingestuft werden könnten. Dies wäre ein ‚menschlicher Eingriff in das Endlagersystem‘, so Appel, wie er von vornherein ausgeschlossen werden müsste. Der Versuch einer späteren Exploration von Gas an der Stelle von eingelagertem hochradioaktivem Atommüll wäre somit allein schon eine Sicherheitsgefährdung.“

02.12.2010

Nichts hat sich geändert.

Bericht vom Gorleben-Untersuchungsausschuss

Schon vor 30 Jahren hatte der damalige Bundesinnenminister Gerhart Baum damit zu kämpfen, dass neben Niedersachsen kein anderes Bundesland bereit war, nach einem Atom-Endlager zu suchen. Vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss wirkt die Zeitreise mit dem Zeugen Baum höchst aktuell

Gerhart Baum ist heute vielen als engagierter Rechtsanwalt ein Begriff, als jemand, der sich schon für so manche Gruppierung eingesetzt hat, der Schlimmes widerfahren ist: NS-Zwangsarbeiter, Katastrophenopfer, Spekulantenopfer. Er war zudem einer der Beschwerdeführer gegen den Großen Lauschangriff und gegen die Vorratsdatenspeicherung. Doch Baum war auch einmal Bundesinnenminister, vier Jahre lang – von 1978 bis 1982. Es ist genau diese Phase, die der Untersuchungsausschuss Gorleben derzeit behandelt, denn da sind die wichtigsten Entscheidungen zu Gorleben aufs Gleis gebracht worden.

Regierung unter Zugzwang

Die Bundesrepublik hatte Ende der 1970er Jahre noch kühne Pläne: Nicht weniger als 55 AKW plante man zu bauen in den kommenden Jahrzehnten, die sozialliberale Koalition befürwortete mehrheitlich die Atomkraft, doch gleichzeitig war von ihr die Entsorgungsvorsorge gesetzlich verankert worden. Das hieß, die Kraftwerksbetreiber mussten einen Nachweis für abgebrannte Brennelemente erbringen. Das

erzeugte politischen Druck, denn ohne zumindest die Aussicht auf ein Atommülllager – damals knüpfte die Regierung auch noch Hoffnungen an die Wiederaufbereitung von Brennstäben – ohne zu wissen wohin mit dem Müll, standen die Genehmigungen von neuen AKW in Frage.

Dafür, dass Niedersachsen Gorleben ins Spiel gebracht hatte, müssen die Atompolitiker und die Wirtschaft dem damaligen Ministerpräsidenten Albrecht (CDU) unendlich dankbar gewesen sein. An dieses Pfand konnte Niedersachsen von nun an Bedingungen knüpfen – erstens: Erkundung Gorlebens allein nach Bergrecht, möglichst ohne Öffentlichkeitsbeteiligung, zweitens: kein anderer Standort in Niedersachsen. Also waren auch andere Bundesländer gefragt, weitere Standorte für ein Endlager zu ermöglichen. Doch „die Bundesländer wollten nicht ums Verrecken einen Standort in Aussicht stellen“, so erzählt es der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) vor dem Untersuchungsausschuss. Sein Ressort war damals für das Thema Strahlenschutz, Genehmigungen von Atomkraftwerken und Endlagersuche zuständig, ein Bundesumweltministerium gab es noch nicht.

König ohne Königreich

1982 hatte Baum als Minister in einer Bundestagsdebatte gesagt: "Ich kann nicht mehr tun, als die Bundesländer zu bitten und mit ihnen darüber zu reden - ich tue das bei jeder sich bietenden Gelegenheit - nun auch etwas im Hinblick auf Endlagerstätten in Granit oder wo auch immer zu tun. Ich habe bisher von keinem einzigen Bundesland eine positive Antwort bekommen. Ich habe kein Territorium. Ich bemühe mich aber um die Lösung der Probleme."

Noch heute ist man in dieser Frage nicht einen Zentimeter weiter gekommen. „Mir wäre es lieber gewesen, man hätte an anderen Standorten Voruntersuchungen gemacht“, sagt Baum heute und er stand damals im Einklang mit den Bemühungen des Bundes, sich nicht allein auf Gorleben zu beschränken. Baum trat im September 1982 ab, die dann folgende Kohl-Regierung wollte von anderen Standorten nichts mehr wissen. Nachfolger Baums wurde Friedrich Zimmermann (CSU), Parteifreund des ehemaligen Atomministers Franz Josef Strauß und langer Arm des bayerischen CSU-Vorsitzenden in Bonn.

Gerhart Baum ist noch heute eng mit dem Komplex Gorleben verknüpft, wenn er dies vielleicht auch weder so wahrnimmt, noch wünschen kann. Denn er hat als Minister Ende 1981 eine zentrale Entscheidung getroffen: das Bergrecht sollte zur untertägigen Erkundung genügen. Es ist eine rätselhafte Entscheidung. Denn er selbst hatte zuvor ein Gutachten bei Professor Breuer (Universität Trier) in Auftrag gegeben, das von den beteiligten Ressorts als wichtige Entscheidungsgrundlage angesehen wurde. Die Frage, sollte man allein nach Bergrecht erkunden oder sogleich ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren einleiten, erhitzte die Gemüter. An dieser Entscheidung gab es politische Interessen. Wenn es nach Niedersachsen ging, sollte die Beteiligung der Öffentlichkeit vermieden werden. Baum wollte aber die Debatte, trat für Transparenz und Bürgerbeteiligung ein, initiierte eine zweitägige Informationsveranstaltung in Lüchow, zu der Gorleben-Befürworter wie -Kritiker eingeladen wurden. Dann kam das ersehnte Gutachten, das für die atompolitischen Hardliner ein Schlag in die Magengrube gewesen sein muss: Professor Breuer empfahl der Regierung ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren inklusive Bürgerbeteiligung. Sofort begannen die Fachreferenten in den Ministerien, allen voran Professor Heintz, der damalige Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), der vom BMI beauftragte Fachbehörde, an dem Breuer-Gutachten nach Strich und Faden herumzumäkeln.

Rätselhafte Weichenstellung

Und was tat Baum? In der Zeugenanhörung lässt er dazu wenig heraus. Er dürfte sich damals in einer schlimmen Zwickmühle befunden haben, denn das Gutachten muss seine juristische Empfindung unterstützt haben, doch der politische Wille und der Druck aus Niedersachsen standen dem entgegen. Und so blieb Baum, der bürgerbewegte Minister, bei der Frage Atomrecht nicht standfest. Heute sagt er,

es sei damals absolut rechtlich in Ordnung gewesen, nur nach Bergrecht zu erkunden. „Es war eine Güterabwägung unter dem Gesichtspunkt der Zügigkeit.“

Und so beugte er sich der Forderung aus Niedersachsen, das Atomrecht zunächst auszuklammern und damit auch die Mitsprache der Öffentlichkeit. Bis heute hat dies seine Gültigkeit. Spätere Urteile durch Verwaltungsgerichte stützten seine damalige Entscheidung. In politischer Hinsicht wurde durch die Entscheidung, die Bürger herauszuhalten das Vertrauen der Menschen im Wendland verspielt. Das ist ein Versäumnis, das – zusätzlich zu allen fachlichen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Ungeeignetheit von Gorleben, die ignoriert wurden – bei den Bürgern vor Ort wohl kaum wieder gutzumachen ist. Das bekommt wohl auch Bundesumweltminister Röttgen zu spüren, der zeitgleich zur Zeugenanhörung in Berlin vor Ort in Gorleben von Transparenz und Offenheit spricht.

Keine Kenntnis von Gas

Auf die Frage der Lüchow-Dannenberg Bundestagsabgeordneten Johanna Voß von der Bundestagsfraktion Die LINKE nach den Gasvorkommen unter Gorleben, zeigt sich der Ex-Innenminister empört. Voß hatte aus einer Kabinettsvorlage der damaligen Landesregierung von Niedersachsen unter Ernst Albrecht zitiert. In diesem streng vertraulichen Papier ist am 2. Februar 1977, bereits drei Wochen vor der Standortbenennung von Gorleben, vor den Gefahren durch die Erdgasvorkommen unter dem Salzstock Gorleben gewarnt worden. Die Frage von Voß, ob die Bundesregierung von diesen Bedenken aus Niedersachsen in Kenntnis gesetzt worden wäre, hat Baum verneint. Und ergänzt, wenn das so gewesen sei, hätte Albrecht unverantwortlich gehandelt, an Gorleben festzuhalten. „Er hätte Gorleben sofort stoppen müssen!“

Baum, der sich in der sozial-liberalen Koalition 1981/82 sehr für die Verknüpfung der Betriebserlaubnis von Atomkraftwerken mit deren Entsorgungsnachweis stark gemacht hatte, kam auch hier durch eine gezielte Frage der Abgeordneten Voß in Bedrängnis. Baum hatte damals die Betriebsgenehmigung der Atomkraftwerke Isar II, Biblis C und Emsland an die sichere Behandlung und Beseitigung des Atommülls im Inland geknüpft. Auf die Frage, ob er seine damaligen Genehmigungsaufgaben für diese Kernkraftwerke heute als erfüllt ansehen würde, obwohl die sichere Behandlung und Beseitigung im Inland nicht gewährleistet ist, kam der sonst souverän auftretende Ex-Minister ins Grübeln: „Das ist schwer zu sagen, darüber müsste man länger nachdenken...“

Abseits

Fast vergessen, da war noch ein anderer Zeuge, der nach Gerhart Baum im Untersuchungsausschuss aussagte. Die Erklärungen des Dr. Horst Glatzel, damals Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, wirkten wie von der CDU/CSU bestellt: so herrlich undifferenziert und makellos auf Linie der damaligen Atom-Dinosaurier, wie man sie heute nicht einmal mehr von offiziellen Erklärungen der Atomlobby zu hören kriegt. Fällt man nicht vor Langeweile vom Stuhl, denkt man nur noch: williger Vollstrecker.

Glatzel wurde durch Dorothee Menzner, Obfrau der LINKEN im Untersuchungsausschuss, am Ende noch gefragt, ob ihm bekannt sei, weshalb man nicht wenigstens beim Bau der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren einleitete. Eine berechnete Frage, schließlich würde man nirgends eine solche Anlage bauen, wo man nicht fest beabsichtigt, ein Endlager zu errichten. Doch Glatzel konnte nur mit Achselzucken reagieren: „Mit Pilotkonditionierung haben wir uns im Bundeskanzleramt nicht befasst.“

Personalien:

- **Gerhart Rudolf Baum** war in der Zeit von 1978 bis 1982 Bundesminister des Inneren.
- **Dr. Glatzel** (BK) war im Jahr 1982 Leiter des Referats 331 „Umweltfragen, Fragen der staatlichen Kernenergieaufsicht; Bevölkerungsprobleme“ im Bundeskanzleramt

16.12.2010

Ungleiche Ex-Kollegen.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

Der Salzstock Gorleben spaltet die Gemüter und die Fachwelt. Wie man zu völlig diametralen Ansichten über ein und denselben Untersuchungsgegenstand kommen kann, zeigen exemplarisch die Geologen-Kollegen Keller und Schneider

Zwei Geologen wie sie unterschiedlicher kaum hätten reden können über den berühmtesten Salzstock Deutschlands sagten am gestrigen Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss Gorleben aus. Der erste Zeuge, Siegfried Keller, ist als Geologe seit 30 Jahren beschäftigt bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und so vollkommen unerschütterlich in seiner Überzeugung, dass nichts gegen den Salzstock Gorleben spreche, wie es der Untersuchungsausschuss nun schon mehrfach durch Wissenschaftler aus diesem Haus vorgeführt bekam. Diese Leute scheinen den Zweifel nicht zu kennen – und das macht sie in ihrer augenscheinlichen Harmlosigkeit ein bisschen unheimlich. Ist doch die Fähigkeit zu Skepsis, zur Ungläubigkeit und die Eigenschaft, immer neue Fragen zu stellen, immer neue Ungewissheiten zu haben, doch gerade das, was Wissenschaftlichkeit eigentlich ausmacht. Der andere, Kellers Counterpart an diesem Tag, ist der Geologe Ulrich Schneider: Er war in den Anfangsjahren der Erkundung wichtigster Mitarbeiter bei Professor Duphorn, der mit seiner „Quartärgeologischen Gesamtinterpretation“ die ersten wichtigen Negativbefunde zum Salzstock erarbeitet hatte. Die Ergebnisse dieses Gutachtens vom Januar 1983 hatte Schneider zum Teil mitverfasst. Keller und Schneider waren als Berufsanfänger damals sogar einige Monate lang Kollegen – als Honorarkräfte bei der BGR. Bis BGR-Chef Venzlaff, der zuvor eine scharf zurückweisende, zum Teil diskreditierende Stellungnahme zum Duphorn-Gutachten verfasst hatte, eines Tages zu Schneider sagte: „Sie sind ein guter Geologe – aber auf eine feste Stelle bewerben brauchen Sie sich bei uns nicht.“

Großzügig gefördert

Keller hingegen bekam aus dem Haus der BGR großzügige Unterstützung bei seiner Promotion – eine bewährte Strategie, sich die Dankbarkeit und Loyalität von Mitarbeitern zu sichern. Die Rechnung ging auf: bis heute steht Keller bei der BGR im Dienst und veröffentlicht Berichte zur Langzeitsicherheit von Endlagern. Wenn er aber gezielt angesprochen wird – etwa auf Gasvorkommen innerhalb oder unterhalb des Salzstocks -, dann ist er plötzlich nicht mehr zuständig, lediglich Hydrogeologe, der sich mit Gas nie intensiv befasst hat. Was ihn nicht davon abhält, eine mögliche Gaslagerstätte unterhalb des projektierten Endlagers für unbedenklich zu halten: Schließlich sei eine Gaslagerstätte keine Gaslagerstätte, wenn das Gas da herauskäme.

Schneider indessen hält es für längst erwiesen, dass sich der Salzstock Gorleben als Atommülllager nicht eignet: zu den damals bekannten Negativbefunden sind etliche hinzugekommen – allen voran das Gas. Zwar hat man sich auch damals schon mit dem Gas beschäftigt, vor allem seit die Schachtvorbahrungen Go 5001 und Go 5002 auf unerwartet große Gasvorkommen gestoßen sind. Doch die detaillierten Analysen und Berichte zum Gas sind offensichtlich nicht in den PTB-Bericht eingeflossen, auf dessen Grundlage das Kabinett Kohl die untertägige Erkundung Gorlebens beschloss. Hätte man schon damals das Problem ernst genommen, Gorleben wäre vielleicht nicht weitererkundet worden, weil das Gas offenbar überall in kleinen oder größeren Einschlüssen vorhanden ist.

Deckgebirge verzichtbar?

Die damals von Professor Duphorn und seinem Team erstmals so thematisierte Problematik, dass in Gorleben ein intaktes Deckgebirge fehle, das eine wichtige Barrierefunktion für Radionuklide hat – weist Keller bei seiner Vernehmung einfach zurück. Ein Deckgebirge habe schlicht keine große Bedeutung für die Langzeitsicherheit, weil das Salz allein als Barriere ausreiche. Im übrigen würde im Laufe von vermutlich etwa zehn Eiszeiten, die in den kommenden eine Million Jahren über Norddeutschland

hinwegfegen bei vermutlich keinem der Salzstöcke ein solches Deckgebirge standhalten. Warum man dann noch nicht auf die Idee gekommen ist, etwa südlich des Harzes nach einem Endlager zu suchen, wo Eiszeiten keine solche verheerende Wirkung haben, kann Keller allerdings nicht erklären. Er hat sich ja immer nur mit Gorleben und den norddeutschen Salzstöcken beschäftigt. In seinem klaren und pointierten Eingangsstatement rückt hingegen Schneider einiges zurecht: Professor Venzlaff habe 1983 erklärt, die breite Öffentlichkeit hätte ein Recht darauf, korrekt über Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen informiert zu werden. Doch warum, fragt Schneider, sei die Öffentlichkeit dennoch nicht darüber informiert worden, dass man schon 1977 von Erdgas unter dem Rambower Teil des Salzstocks wusste, warum sei sie nicht informiert worden, dass die Schachtvorbohrung 5001 wegen starker brennbarer Gaszutritte zuletzt sogar abgebrochen werden musste. Schneider fragt, weshalb weder im PTB-Zwischenbericht von 1983 all die Kenntnisse, die man über das Gas hatte, auftauchten und sogar in einem BGR-Bericht von 2007 Gase aus tieferen Schichten im Salzstock nicht erwähnt werden. Gerade in Bezug darauf, was schon 1983 unbedingt in den PTB-Zwischenbericht hätte einfließen müssen, ist der Untersuchungsausschuss an diesem schneeüberwehten Dezember-Donnerstag der Wahrheit ein beträchtliches Stückchen näher gekommen.

Personalien:

- **Dr. Siegfried Keller** (BGR) war im Jahr 1983 als Wissenschaftler in der BGR im Rahmen der übertägigen Erkundung des Salzstocks Gorleben mit den Themen Deckgebirge und Hydrogeologie befasst.
- **Dipl.-Geologe Ulrich Schneider** war Mitarbeiter von Prof. Dr. Duphorn und hat detaillierte Kenntnisse über das Standorterkundungsprogramm und Untersuchungen zum Salzstock Gorleben. Er hat im August 2009 eine Expertise zu diesem Thema veröffentlicht.

27.01.2011

Antipoden von Beginn an.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss



Marianne Fritzen am 27.01.2011 am Rande der PUA-Sitzung, im Hintergrund MdB Kornelia Möller und Obfrau MdB Dorothee Menzner

Zwei Zeugen der ersten Stunde sagten am 27. Januar 2011 vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss aus, beide direkt involviert in die Vorgänge rund um die Standortbenennung Gorlebens 1977, wenn auch auf gänzlich unterschiedlichen Seiten. Zwei Antipoden von Beginn an: Auf der einen Seite der damals für Atomaufsicht verantwortliche niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU), auf der anderen die

Mitbegründerin der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Marianne Fritzen, Anti-Atom-Aktivistin von Beginn an. Beide sind heute über 80 Jahre alt, doch geistig hellwach.

Die Anfänge

Diese erste Zeugenvernehmung im neuen Jahr leitet thematisch zu den Anfängen, die den Ausschuss nun bald stärker beschäftigen werden. Deshalb ging es viel um die Frage, was den damaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) bewogen haben mag, gerade Gorleben und nur Gorleben zum Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) zu benennen. Schließlich war doch die

Bundesregierung unter Helmut Schmidt eher gegen Gorleben. Andererseits machte sie Druck, eine Entsorgungsnachweis für die Atomkraftwerke musste rasch geschaffen werden, sonst standen Neugenehmigungen auf dem Spiel.

Das Atom-Endlager spielte zu dieser Zeit eher eine Nebenrolle, denn im Zentrum der Diskussion stand vor allem eine geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA) nebst Brennelementefabrik. Als der Widerstand gegen das NEZ jedoch wuchs, erklärte Albrecht 1979, die WAA sei zwar „technisch machbar aber politisch nicht durchsetzbar“ und verzichtete auf die Wiederaufbereitung. Fortan sollte in Gorleben „nur“ noch ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente errichtet und der Salzstock als Endlager erkundet werden. Der Ministerpräsident hat wohl geglaubt, dass er die Bevölkerung mit dieser Entscheidung beruhigt, doch seine Rechnung ging nicht auf. Nur ein Jahr später wurde das Bohrloch 1004 besetzt und die „Freie Republik Wendland“ ausgerufen.

Marianne Fritzen

Über Marianne Fritzen ist schon viel geschrieben worden. Anlässlich ihrer Zeugenvernehmung ist sie in einem Zeitungs-Interview als „Gorleben-Ikone“ und Mutter der Bewegung bezeichnet worden. Vor dem Untersuchungsausschuss versucht die Vorsitzende Maria Flachsbarth (CDU) und die CDU/CSU-Fraktion ihren Vorwurf zu widerlegen, die Bürger seien von Anfang an nicht informiert, statt dessen vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Es habe doch Informationsstellen und Veranstaltungen gegeben, die Gorleben-Kommission und einen Bürgerdialog, kommt es aus den Reihen der CDU. „Die Gorleben-Kommission war ein Geheimbund,“ erklärt daraufhin Fritzen, es hätten eben nur diejenigen Zugang gehabt, die erwünscht waren. Das Gremium wurde im Oktober 1977 gegründet und diente dem Gespräch mit Leuten vor Ort, letztlich der Schaffung von Akzeptanz, meint Fritzen. Eingeladen wurden aber nur ausgewählte Personen aus der Kommunalpolitik, Marianne Fritzen selbst hat sich den Zutritt zu den Treffen zwei bis drei Mal ohne Erlaubnis verschafft. Ihre Schilderung bringt vieles ins Wanken, was sich die Regierung auch heute wieder als „Bürgerdialog“ auf die Fahnen schreiben möchte. Sie habe doch offensichtlich zu allen Informationen Zugang gehabt, sei wohlinformiert gewesen, habe doch mit Ministern und Fachleuten immer wieder gesprochen. Das bestätigt Fritzen zwar, stellt aber klar, dies sei nicht zu verwechseln mit einem Bürgerdialog. Sie selbst hat sich um die Gespräche intensiv bemüht, war allerdings als Vorsitzende der BI und Kommunalpolitikerin – sie hat vor Ort die Grünen mitbegründet - auch privilegiert. Echte Transparenz und Bürgerbeteiligung von Bauern und interessierten Bürgern gab es eben nicht.

Kriminalisierung

Statt dessen wurden die, die sich querstellten, nach Strich und Faden überwacht. Fritzen erzählt, dass ihr Haus zeitweise von drei Seiten beobachtet wurde. Akribisch haben die Atomkraftgegner und Bauern in einer Spurendokumentation Buch geführt über die Beobachtungen durch die Polizei. Und später erzählt Marianne Fritzen noch eine beschämende Anekdote: Als der Pastor der Elbgemeinde Langendorf, ursprünglich ein Gorleben-Befürworter, sich eines Tages in einer Informationsstelle zum Endlager informieren wollte, wurde er dort von einem Mitarbeiter herumgeführt. Vor einem Foto, auf dem Atomkraftgegner in Brokdorf zu sehen waren, hielten sie inne und der Mitarbeiter erklärte: „Die hat man auch alle vergessen zu vergasen.“ Der Pastor war entsetzt über diese Äußerung. Später entwickelte er eine zunehmend kritische Einstellung gegenüber den Plänen der Bundesregierung. Dass man den Widerstand von offizieller Seite immer wieder versuchte in die kriminelle Ecke zu rücken, davon können viele Bürger im Wendland ein Lied singen.

Gorleben-Millionen

„Mit Speck fängt man Mäuse.“ Das ist so ein lapidarer Spruch, mit dem Marianne Fritzen das, was ihr in der ganzen Geschichte wichtig ist, die sogenannten Gorleben-Millionen, auf den Punkt bringen will. Die Akzeptanz Gorlebens als Endlager-Standort sollte erkaufte werden, das haben sich Bundesregierung und Industrie Millionen kosten lassen. Was der Bund als Ausgleichszahlung verstanden haben wollte, sehen die Atomkraftgegner als Schmiergelder an. Sie haben einigen Gemeinden im Landkreis Lüchow-Dannenberg

einen gewissen Reichtum verschafft. Die sogenannte Licht-Affäre steht vielleicht auf einem anderen Blatt, ist aber immerhin ein Thema, bei dem der Obmann der CDU im Untersuchungsausschuss, Grindel, nicht mehr an sich halten kann. Denn Frau Fritzen stellt klar: „Herr Grill ist der einzige Mensch, den ich kenne, dem ich nicht noch einmal die Hand geben möchte.“ Kurt-Dieter Grill, damals CDU-Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender der Gorleben-Kommission, hatte massiv für den Standort Gorleben geworben. In den achtziger Jahren hat er von dem Bauunternehmer Heinz Licht insgesamt über 100.000 DM in Empfang genommen. Als diesbezüglich Fragen der Opposition an Marianne Fritzen gestellt werden, versucht Grills Parteifreund Reinhard Grindel die Befragung mit Verweis auf Persönlichkeitsrechte zu verhindern. Auch die Vorsitzende Flachsbarth greift ein und will eine Frage der Grünen-Abgeordneten Dorothea Steiner nicht zulassen - ohne Erfolg. Die Frage darf gestellt werden: ob Frau Fritzen bekannt sei, ob der Bauunternehmer Licht im Zusammenhang mit Gorleben Aufträge erhalten habe. Fritzen zuckt mit den Schultern – Steiner gibt selbst die Antwort und bejaht.

Hermann Schnipkoweit

Die meisten der Mitglieder im Untersuchungsausschuss waren noch Kinder in der Zeit, über die hier gesprochen wird. 1976 wurde Hermann Schnipkoweit (CDU) Sozialminister in Niedersachsen. In sein Ressort gehörten neben Sozialem, Gesundheit, Städte- und Wohnungsbau auch die Umweltfragen, insbesondere die Genehmigung von Atomkraftwerken und die Atomaufsicht. Doch Schnipkoweit, der viele Details aus dieser Zeit vortragen kann, übt sich in der Kunst des partiellen Erinnerns. Als gelernter Bergmann reklamiert er eine gewisse Fachkenntnis – einerseits. So kommt es, dass er das Lied vom Salz als bestgeeignetes Endlagermedium singt und sich für Fachfragen der Grubentechnik zuständig fühlt. Doch wenn es an Detailfragen der Erkundung oder Fragen der Atomendlagerung ging, verließ er sich auf seine „hervorragenden“ Staatssekretäre Ziller und Chory, so Schnipkoweit.

Großes Rätsel

Als am 22.2.1977 das Kabinett Albrecht entschied, Gorleben als Standort für eine Entsorgungszentrum und ein Atom-Endlager auszuwählen, war Schnipkoweit selbstverständlich dabei. Doch an dieser entscheidenden Stelle, just zu diesem zentralen Datum setzt seine bis dahin gute Erinnerung prompt aus. Angesprochen auf eine wichtige Kabinettsvorlage, die für die Entscheidung vom 22. Februar grundlegend war, erklärt der ehemalige Minister Schnipkoweit empört: „Was ich alles kennen soll.“ In dem Dokument werden über mehrere Seiten Probleme aufgelistet, die eine Standortbenennung Gorlebens haben könnte, insbesondere ein Gasfeld unterhalb des Salzstocks und die unmittelbare Nähe zur DDR. Doch Schnipkoweit erinnert sich lediglich, dass in Gorleben ein unverritzter Salzstock gewesen sei und zudem in einem strukturschwachen Gebiet lag. Wenn man diese Kabinettsvorlage liest, stellt es sich einem als großes Rätsel dar, weshalb Gorleben trotzdem benannt wurde. „Es ist nichts Neues, dass die Erinnerung bei den Verantwortlichen immer dann aussetzt, wenn es unangenehm wird“, so Dorothee Menzner, energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Obfrau im Untersuchungsausschuss.

Einen wichtigen Vermerk aus seinem Ministerium aus dem Jahr 1981, in dem Zweifel am Standort Gorleben festgestellt werden, bezweifelt Schnipkoweit unterschrieben zu haben. Auch als man ihm sein Unterschriftskürzel unter dem Papier vorhält, will Schnipkoweit sich an den Inhalt nicht erinnern können. Kornelia Möller, Mitglied im Untersuchungsausschuss kommentierte dies trocken: „Einen Pudding kann man nicht an die Wand nageln.“

Wichtige Fragen bleiben auch an diesem Tag offen. Ob Ministerpräsident Albrecht bei der Benennung Gorlebens gepokert hat, und - weil er wusste, dass die Bundesregierung dagegen war – eine Ablehnung durch den Bund einkalkulierte? Bislang gibt es keine wirkliche Antwort darauf, nur Vermutungen. Marianne Fritzen schlägt pragmatisch vor, den dementen Albrecht doch durch seine Tochter Ursula von der Leyen befragen zu lassen. Doch weniger macht sie damit einen realistischen Vorschlag als dem Bedürfnis Ausdruck zu verleihen, das vermutlich alle Mitglieder im Untersuchungsausschuss besitzen: das Geheimnis endlich zu lüften, das dieser Mann vielleicht mit ins Grab nehmen wird.

Personalien:

- **Jan Hermann Schnipkoweit** war in der Zeit von Februar 1976 bis Juni 1990 Minister für Soziales des Landes Niedersachsen und damit u.a. gemäß den §§ 9b, 24 AtG für atomrechtliche Genehmigungsverfahren in Niedersachsen zuständig.
- **Marianne Fritzen** hat den Prozess der Standortbenennung und Erkundung des Salzstockes Gorleben als Mitgründerin der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg intensiv verfolgt und kann Auskunft geben über den gesamten Prozess der Beteiligung und Information der Öffentlichkeit unter Einschluss der öffentlichen Diskussionen und Hearings. Sie kann weiter darüber Auskunft geben, welche Informationen von der Bevölkerung an die zuständigen Behörden übermittelt wurden und welche Angaben von der Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit gemacht worden sind.

10.02.2011

Die Stümperer von Gorleben.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

[Zeugenvernehmung Dr. rer. nat. Thomas Diettrich und Prof. Dr. Kurt Schetelig](#)



Dr. Thomas Diettrich

Ein schlechteres Zeugnis hätte man den deutschen Behörden kaum ausstellen können: dackelig sei man bei der Endlagererkundung vorgegangen, insbesondere bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (NLFb). Das scharfe Urteil, das der Zeuge Dr. Thomas Diettrich fällt, kommt nicht von ungefähr. Diettrich war von 1978 bis 1982 bei der Firma Lahmeyer beschäftigt und hatte die Aufgaben, Kriterien für die Eignung von Endlagern zu erarbeiten, Untersuchungsbohrungen auszuführen sowie Szenarien für einen GAU (sogen. Forrester-Modell) zu erarbeiten. Die Firma Lahmeyer hatte damals beste Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Geotechnik und Felsmechanik. Diettrich, der vorher in Südafrika Erfahrungen bei

komplizierten 4.000 Meter tiefen Bohrungen gesammelt hatte, war zunächst von Lahmeyer für das das Projekt Nationales Entsorgungszentrum (NEZ) wie es 1978 noch hieß, angeworben worden. Ganz zu Beginn hatte es noch eine Reihe von Auflagen gegeben. Doch es dauerte nicht lange, da die spielten beispielsweise die Endlager-Kriterien keine Rolle mehr: es ging dann nur noch um die reine Erkundung nach Bergrecht. Die Pläne schrumpften bereits 1979 – nachdem Albrecht sich gegen eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben entschied – zusammen. Er selbst sei ganz zu Anfang noch nach Schweden geschickt worden, um das dortige Know How zu lernen.

Internationales Know How unerwünscht

Diettrichs Vorschläge, eine objektivere Verfahrenstechnik einzuführen wie er sie in Schweden kennen gelernt hatte, stießen indes auf taube Ohren. Die deutschen Fachbehörden maßen dem ausländischen Know How keinerlei Bedeutung zu. Es fehlte an modernem Management und Verfahrenstechnik: Bei jedem U-Bahnbau würde man ein strategisches Management einsetzen, um unvorhergesehene

Situationen meistern zu können. Nicht so in Gorleben. Das Wissen und der Wissensaustausch waren mangelhaft. Wenn man aber ein neues noch unbekanntes Gebiet erforschen will – und das war die Endlagerproblematik damals – würde man üblicher Weise ein Wissensscreening machen und fragen, wo sind die besten Leute, wo ist die Forschung am weitesten und würde ersteinmal das Wissen zusammentragen. In Deutschland griff man eine zuständige Behörde zurück, in der bereits die Beamten saßen, und die hat man losgeschickt, auch wenn sie keine Ahnung hatten. Diettrich nennt das Learning by doing. Und erklärt eine solche Vorgehensweise bei einer so wichtigen Aufgabe für „nicht akzeptabel“.

Man beließ es aber nicht bei einer stümperhaften Vorgehensweise: Nicht einmal der fachliche Austausch vor Ort war gewünscht: Wissenschaftlern war im der kritische Meinungs austausch nicht gestattet war: Fachgespräche, in denen man die mögliche Nichteignung von Salz thematisierte, waren untersagt. Ein von ihm entwickeltes EDV-Verfahren, mit dem man Diskordanzen zwischen den Bohrergebnissen genauer hätte analysieren können, wurde von der PTB abgelehnt. Man wollte den Ungereimtheiten bei den Bohrergebnissen nicht nachgehen. Dies hätte die Hinweise auf ein total zerklüftetes, löchriges Deckgebirge untermauern können, was später bestätigt wurde.

Und als ob das noch nicht genug wäre, erhob Diettrich nocheinmal den Vorwurf (wenn auch leicht abgeschwächt), den er schon in einem Artikel der [Frankfurter Rundschau](#) erhoben hatte: „Es gab eine Einflussnahme auf Daten.“ Bohrergebnisse seien derart gefärbt worden, dass sie „günstig interpretiert“ wurden. Bei Daten, die in gewissen Bandbreiten vorlagen, blieben am Ende nur noch Werte übrig, die im grünen Bereich lagen, „Messergebnisse wurden „zweckgebunden“ bewertet, um Planungssicherheit zu gewinnen. „Meine Berichte sind entschärft, meine Bedenken gestrichen worden,“ so Diettrich. Bei den Grenzwerten für Durchlässigkeiten hat man sich ebenfalls gegen den internationalen Standard entschieden. Dieser liege bei 10-11, in Gorleben war man großzügiger: 10-8 war hier der noch zulässige Durchlässigkeitswert.

Offenes Verdeck

Das Deckgebirge über dem Gorlebener Salzstock vergleicht Diettrich mit einem offenen Wagenverdeck: „Das Deckgebirge ist das A und O, damit das Salz nicht vom Wasser angenagt wird.“ In Gorleben herrschte das Prinzip „wir werdens schon irgendwie bessern können“. Nicht so bei den Lahmeyer-Leute: „Wir haben damals nicht gesagt, ‚wird schon klappen‘, sondern haben uns Sorgen gemacht.“ Man könne schließlich aus einem alten Kübelwagen keinen Mercedes machen.

Anfang der 1980er Jahre wurde schließlich eine Studentengruppe unter Leitung von Prof. Simons angeheuert, die die Bauleitung übernahm. Lahmeyer wurde nach und nach rausgedrängt. Man hat sich für die billigere Lösung entschieden, denn Lahmeyer war teuer. Neben Diettrich verließen damals etwa 50 weitere Wissenschaftler Lahmeyer. „Wir kamen wissenschaftlich und technisch nicht weiter,“ so Diettrich. Heute seien übrigens viele von denen, die sich intensiv für den Endlagerbereich interessierten und die damals frustriert gegangen sind, bei der NAGRA in der Schweiz angestellt.

Schwacher Gegenspieler

Auch diesmal wurde von der Koalition ein Zeuge geladen, der einzig und allein die Aufgabe hatte, den Zeugen Diettrich der Opposition unglaublich zu machen. Gelungen ist dies nicht. Prof. Kurt Schetelig, der damals Diettrichs Vorgesetzter bei Lahmeyer war, sagt aus, dass er mit Diettrich zwar nicht immer einer Meinung gewesen sei, er mit der Qualität seiner Arbeit aber stets sehr zufrieden gewesen sei. Schetelig behauptet dann noch, der Aufgabenbereich von Lahmeyer sei auf Baugrunderkundung begrenzt gewesen. Dies ist deshalb wichtig, weil dann nicht zu erklären ist, wie Diettrich überhaupt zu seinem Detailwissen gekommen war. Als Schetelig allerdings Akten vorgelegt werden, aus denen hervorgeht, dass Lahmeyer damals zu einem Konsortium gehörte, das die gesamte Projektplanung NEZ übernahm und zudem hydrogeologischen Untersuchungen zum festen Programm gehörten, räumt er ein, dass hydrogeologische und Baugrunduntersuchungen kaum zu trennen seien.

Personalien:

- **Dr. rer. nat. Thomas Diettrich** ist ein international erfahrener Hydrogeologe mit Erfahrung zur Eignungsuntersuchung von Endlagern für radioaktive Abfälle in verschiedenen Ländern. Er war 1978 bis 1980 für die Fa. Lahmeyer GmbH, Frankfurt a.M. in Gorleben tätig. Die Fa. Lahmeyer war von DWK und PTB beauftragt mit der Bewertung der Bohrproben zur Eignungsuntersuchung des Salzstockes Gorleben für die Endlagerung.
- **Prof. Dr. Kurt Schetelig** war nach Angaben in dem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 20. Mai 2010 „Neuer Zeuge für Manipulation“ Mitarbeiter bei dem Frankfurter Ingenieur-Unternehmen Lahmeyer, das nach Angaben in dem vorgenannten Artikel im Auftrag der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) mit Untersuchungen auf dem Gelände in Gorleben befasst war.

24.02.2011

Ritter von unglücklicher Gestalt.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

Zeugenvernehmung Kurt-Dieter Grill

Er ist gekommen, um seine Ehre zu retten. Hatte doch die Zeugin Marianne Fritzen vor dem Untersuchungsausschuss Ende Januar geäußert, er, Kurt-Dieter Grill, sei der einzige Mensch, den sie kenne, dem sie nie wieder die Hand geben würde. Das klingt nach Feindschaft und Verachtung. Obwohl ein Untersuchungsausschuss wohl kaum zur Ehrenrettung da ist, setzte die CDU/CSU für ihren Parteifreund Grill durch, ihm die Gelegenheit zu geben, zeitnah auf Vorwürfe vom 27. Januar zu reagieren.



Kurt-Dieter Grill vor seiner Vernehmung im PUA

Da sitzt er also, der emsige CDU-Politiker Grill. Der sich in ein schlechtes Licht gerückt sieht. Er hat sich Jahrzehnte lang in seinem Landkreis Lüchow-Dannenberg für die „Kernenergie“ eingesetzt, als Kreistags-, Landtags- und später Bundestagsabgeordneter. Von der ersten Stunde an wollte er das Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) nach Gorleben holen, manche sehen ihn deshalb als eigentlichen „Mister Gorleben“. Er hat vor Ort die Zustimmung der Lokalpolitik organisiert: Atomlobbyist aus der Provinz, Drahtzieher in Hannover und Bonn. Er selbst sieht sich als Umweltpolitiker, keinesfalls als „Erfinder“ von Gorleben. Der Bund unter Helmut Schmidt habe vielmehr die Entscheidung von 1977 erzwungen. Aber aus Sicht der Bürgerinitiative hat Grill der Region maßgeblich das alles eingebrockt. Noch heute hält er die Kernenergie für eine vertretbare Energie und sagt das „in aller Aufrichtigkeit“. Man glaubt es ihm sofort.

Ein wichtiger Tag

Sein Bundesverdienstkreuz hat der 68-Jährige sich ans Revers geheftet für diesen Tag, der ein wichtiger sein sollte für ihn. Frau und Sohn sitzen auf der Besuchertribüne, daneben einige Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, die CDU-Bürgermeister aus Gorleben und Gartow, Presseleute sowie Vertreter aus der Energiebranche. Es wurde ein schwerer Tag. Und das, obwohl die Opposition

noch nicht einmal begonnen hat, ihn zur Licht-Affäre zu befragen. Obwohl die Vorsitzende ihm eine dreiviertel Stunde lang die Gelegenheit gibt, in aller Ausführlichkeit sein Lieblingsprojekt, die Gorleben-Kommission, in den Himmel zu loben. Und obwohl die Koalition sich alle Mühe gibt, ihn sogar noch mit dem Gorleben-Hearing zu schmücken, bei dem Grill eigentlich nur normaler Teilnehmer war. Alles nichts. Wer so ambitioniert anreist und mit Überheblichkeit die eigene Nervosität überspielen will, reitet sich am Ende selbst hinein.

Der Geheimbund

Zunächst schwärmt Grill von seiner Gorleben-Kommission. Er war der Einlader, er hat die referierenden Gäste bestimmt, hatte den Vorsitz und schrieb anfangs sogar noch die Berichte über die Treffen für die Lokalzeitung. Solch ein Gremium bei einem Großprojekt sei damals in Europa einzigartig gewesen. 1979 gegründet, sollte es kommunale Mandatsträger über das Projekt NEZ in Gorleben informieren. Man tagte unregelmäßig mehrmals im Jahr und lud sich Experten ein, die den Stand der Erkundung vortrugen. Er habe also für den Bürger-Dialog gesorgt. Noch heute regt Grill sich auf, dass der neue SPD/Grüne/FDP-Kreistag 1991 die Gorleben-Kommission abgeschafft habe. Schließlich sei sie „eine Institution“ gewesen. - Ein „Geheimbund“ hatte Marianne Fritzen, langjährige Vorsitzende der BI Lüchow-Dannenberg, das Treffen genannt. Warum man denn dem NDR den Zutritt verwehrt habe, fragt Dorothée Menzner, Obfrau der LINKEN im Untersuchungsausschuss. Man habe „kein Interesse“ daran gehabt, so Grill, viele Medienvertreter aus regionalen und überregionalen Medien teilnehmen zu lassen. Es sei schließlich die Aufgabe des Bundes gewesen, diese zu formieren. Und überhaupt habe ja ein Redakteur der Elbe-Jeetzel-Zeitung teilgenommen und von jedem Treffen einen Bericht verfasst. Dadurch sei ja die Öffentlichkeit informiert worden. Der NDR hatte erst ab 1990 nach juristischen Schritten Zutritt.

Ohne Selbstzweifel

Die sogenannte Licht-Affäre, die bereits durch Marianne Fritzen vier Wochen zuvor thematisiert wurde, kommt durch CDU-Obmann Grindel zu Sprache. Der will es Grill leicht machen, zu erklären, warum er in den 1980er Jahren insgesamt etwas mehr als 100.000 D-Mark durch den Bauunternehmer Licht in Empfang nahm. Die Firma Licht bezahlte Grill das Wahlkreisbüro, eine Sekretärin und ein Autotelefon. Licht hatte zudem mehrere Bauprojekte in Gorleben. Grill sei aber an der Auftragsvergabe an die Firma nicht beteiligt gewesen, so habe es auch die Staatsanwaltschaft damals festgestellt. In Wirklichkeit hatte sie festgestellt, dass man ihm eine solche Beteiligung nicht nachweisen könne. Noch heute hegt Grill offenbar keine Selbstzweifel. Er kann das öffentlich geheuchelte Fehlereingestehen eines Guttenberg, der glaubt, sich damit reinzuwaschen, nicht. Damals hatte ein ehemaliger Angestellter der Firma Licht gegen Grill ausgesagt, seine Aussage aber später zurückgezogen. Grill wurde freigesprochen.

Bumerang

Grills eigener Angriff auf die Opposition wird ihm dann zum Verhängnis. Er zitiert ein Protokoll des Umweltausschusses des Bundestags vom vergangenen Jahr, das vor ihm liegt und aus dem er das Zugeständnis eines Oppositions-Politikers liest, dass die Auswahl eines Endlagers nicht nur nach wissenschaftlichen, sondern auch nach sozialen Kriterien erfolgen müsse. Der politische Seitenhieb kommt als Bumerang zu ihm zurück. Woher er das Protokoll habe, wird er gefragt. Der Umweltausschuss tagt nicht-öffentlich, die Protokolle sind zwar einsehbar, aber nicht kopierbar. Ist er durch seine Parteifreunde vorbereitet worden? Grill kann sich nicht erinnern wie er an das Dokument gekommen ist. Später, nocheinmal eindringlich danach gefragt, erklärt er flapsig, dass er das Protokoll „in der berühmten Berliner U-Bahn gefunden“ habe. Ein Eklat. Eine Respektlosigkeit gegenüber dem Untersuchungsausschuss. Diese Unverschämtheit wirft kein gutes Licht auf den Zeugen. Nur auf Dringen der Opposition belehrt die Vorsitzende ihn noch einmal, ohne allerdings die unangenehme Frage erneut zu stellen. Sie schont ihn.

Nach acht Stunden Befragung ist klar, viele Fragen sind noch offen, der Zeuge muss erneut geladen werden. Die Gorleben-Millionen konnten nur angeschnitten werden. Die Licht-Affäre auch. Seine Rolle bei der Standortbenennung 1977 ist noch nicht vollständig geklärt. Völlig unklar ist, weshalb er seine Mitgliedschaft im Atomforum so vehement abstreitet, obwohl es dafür eindeutige Hinweise gibt. Und die Ehrenrettung? Grill hatte sich wohl seinen Auftritt selbst anders ausgemalt. Hochmut kommt vor dem Fall, sagt der Volksmund.

Abseits

Die Vorsitzende muss den Zeugen Grill wiederholt darauf aufmerksam machen, dass Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss kein Fragerecht haben und auf Fragen der Abgeordneten antworten müssen, auch wiederholt antworten müssen. Immer wieder hatte der Zeuge versucht, den Fragenden auszuweichen, indem er selbst Fragen stellte oder schlicht erklärte, er habe darauf schon geantwortet. Der zweite für diesen Tag geladene Zeuge Arnulf Matting, langjähriger Mitarbeiter im Bundesinnenministerium und Unterabteilungsleiter im Bundesumweltministerium, musste am Nachmittag unverrichteter Dinge wieder abreisen. Er wird wohl erst nach Ostern befragt werden. Auch der Termin für eine erneute Ladung Kurt-Dieter Grills ist noch offen.

Personalien:

- **Kurt-Dieter Grill** war Mitglied des Kreistages des Landkreises Lüchow-Danneberg seit 1976 und von 1978 – 1991 Vorsitzender der Gorleben-Kommission

24.03.2011

Strahlende Sicherheit - damals und heute.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

Zeugenvernehmung Dr. Alois Ziegler und Dr. Helmut Hirsch

Die Zeugenvernehmung im Untersuchungsausschuss Gorleben steht unter dem Eindruck der atomaren Havarie in Japan

Der Name des japanischen Ortes musste gar nicht ausgesprochen werden. Die Bilder von Fukushima sind dieser Tage fast übermächtig und die dadurch ausgelöste neue Atom-Debatte in Deutschland so präsent, dass dies die erste Zeugenanhörung im Gorleben-Untersuchungsausschuss nach der Katastrophe hintergründig immer begleitete. Der Zeuge Dr. Alois Ziegler wurde zu Sicherheitskriterien für Atommülllager befragt und zu den Umständen wie das vor 30 Jahren war, als die Entscheidung fiel, einzig und allein den damals schon strittigen Standort Gorleben zu erkunden. Damals wie heute Befürworter der Atomenergie, gibt Ziegler sich hartleibig. Während der Bundestag nebenan über die Energiepolitik nach Fukushima debattiert, äußert der Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss ohne Not die Ansicht, „Kernenergie“ sei nicht nur vertretbar, sondern setzt dem noch eins drauf, indem er erklärt, „Kernenergie“ sei „moralisch verpflichtend für ein Industrieland wie unseres, auch heute noch“. Es sagt dies mehr über diesen Mann aus als viele Stunden der Befragung ans Licht bringen.

Das verhängliche Telex

Ziegler war zwischen 1973 und 1983 im Bundesforschungsministerium (BMFT) tätig und leitete Anfang der 1980er Jahre das für „Entsorgung“ zuständige Referat. Sein Name wurde 2009 im Zuge der

Enthüllungen von Manipulationen bei der Gorleben-Entscheidung in der Presse genannt. Er war der Verfasser eines Telefax vom 13. Mai 1983, in er inhaltliche Veränderungen an dem sogenannten PTB-Zwischenbericht forderte, der wenige Wochen später die wichtigste fachliche Entscheidungsgrundlage für die Kohl-Regierung war, Gorleben (und nur diesen einen Standort) untertätig als Atommülllager zu erkunden. In dem Telefax hatte Ziegler beispielsweise die Autoren dieses Berichts gebeten, den „hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts ... etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken“ sowie die „Eignungshöflichkeit“ – also hohe Wahrscheinlichkeit der Eignung - des Salzstocks zu betonen. Wie so eine Bitte aus dem BMFT, also der auftraggebenden und vorgesetzten Behörde sich in den Ohren der Berichtschreiber niederschlägt, kann man sich ausmalen. Diese Bitten, die auch von anderer Seite formuliert wurden, kamen als durchaus als Weisungen bei den Wissenschaftlern an und der Bericht wurde folglich umgeschrieben. Die ursprüngliche Empfehlung, weitere Standorte neben Gorleben zu untersuchen, wurde gestrichen.

Standortvergleich verhindert

Vor dem Untersuchungsausschuss konnte Ziegler sich an das Fax nicht erinnern. Sah es aber gleichwohl als völlig normal und legitim an, solche „Empfehlungen“ zu geben, denen die Wissenschaftler angeblich frei waren zu folgen oder nicht. Es sei ein konstruktiver fachlicher Austausch gewesen, mehr nicht. Die Wissenschaftler seien schließlich selbstständig gewesen. Doch zumindest was die Erkundung anderer Standorte angeht, hatte Prof. Röthemeyer schon im Juli 2010 eine andere Ansicht vertreten. Keine weiteren Standorterkundungen in dem Bericht zu empfehlen, widersprach damals Röthemeyers Meinung als Wissenschaftler.

Auch heute noch lehnt Ziegler hingegen einen Standortvergleich ab. In einem Vermerk vom 20.06. 1983 hatte er geschrieben: „Die politische Zielvorgabe läuft darauf hinaus, ein im Rahmen der Schutzziele hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten. Es geht nicht um das best-denkbare Endlager irgendwann.“ Das würde auch heute noch gelten, denn schließlich sei es eine eher intellektuelle Einsicht, das bestmögliche Endlager zu finden. Die Technik schreite ja immer voran, das Optimum sei ja auch im Grunde nie erreichbar.

Nicht unmöglich

Dass ein Standortvergleich gar nicht so idealtypisch sein muss wie Ziegler bis heute denkt, macht der zweite Zeuge am Beispiel Schweiz vor. Dr. Helmut Hirsch, wie Ziegler Physiker, ist heute Berater für die österreichische Bundesregierung in Fragen der nuklearen Sicherheit. Er hat mitgewirkt bei der Schweizer Endlagersuche, wo seit einigen Jahren nach den deutschen Empfehlungen des AKEnd von 2002 eine ausführliche Standortvorauswahl vorgenommen wird. Hirsch hält es für sehr wichtig, dass man diese Vorauswahl sehr sorgfältig durchführt, dann vier Standorte untersucht, von denen schließlich einer ausgewählt wird. So haben es übrigens auch die internationalen Wissenschaftler empfohlen, die auf Einladung der Niedersächsischen Landesregierung im März/April 1979 insgesamt sechs Tage lang beim sogenannten Gorleben-Hearing über Endlager-Fragen diskutierten. Hirsch hatte für dieses Treffen eine Experten-Runde von 20 Wissenschaftlern koordiniert. Die Niedersächsische Regierung Ernst Albrecht unterband allerdings eine Debatte über den Salzstock Gorleben. Es sollte nur allgemein über die Bedingungen für ein Endlager diskutiert werden. Immerhin bewirkte dieses intensive Fachgespräch, bei dem Albrecht fast die ganze Zeit anwesend war, dass das Unfallpotenzial eines atomaren Endlagers und die Verwundbarkeit bei Kriegseinwirkungen größere Aufmerksamkeit erhielten. Nur wenige Wochen später, am 16. Mai 1979, verzichtete Ernst Albrecht in einer Regierungserklärung auf die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, erklärte den Ort aber gleichzeitig zum einzig möglichen Standort für ein Endlager. „Das Endlager war ihnen sehr wichtig“, stellte Hirsch damals bereits fest. Das ungelöste Atommüllproblem kommt mit Fukushima wieder auf die Tagesordnung. Wie erschütterbar der Glaube an die Notwendigkeit der Atomkraft sein kann, führt uns die Bundesregierung derzeit vor. Die Kanzlerin und ein Großteil ihrer Partei zeigen sich nachdenklich, beweglich, ja fast einsichtig. Ob Wahlkampftrick oder nicht, zurück zur alten Losung wird diese Koalition nun nicht mehr können. Auch in der Endlagerfrage werden Bundesregierungen es sich nicht mehr leisten können, noch länger so unbeweglich zu bleiben wie bislang.

Personalien:

- **Dr. Alois Ziegler** (BK) war 1983 Referatsleiter im Bundesministerium für Forschung und Technologie. In dieser Funktion leitete er u.a. die Informationsveranstaltung des Bundes zu Gorleben in Hitzacker am 27./28. Mai 1983 und verfasste am 13. Mai 1983 ein Schreiben an die Abteilung SE der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt zum Bericht über die Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben.
- **Dr. Helmut Hirsch** war ab 1978 Leiter des "Gorleben International Review" (sogenannte Hirsch-Runde)

12.05.2011

Mannigfaltige Manipulationen.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

[Zeugenvernehmung Dr. Arnulf Matting und Dr. Heinrich Getz](#)



Dr. Matting mit der Ausschussvorsitzenden Dr. Maria Flachsbarth



Dr. Heinrich Getz

Der Zeuge wird vor dem Untersuchungsausschuss begrüßt wie ein alter Bekannter: Dr. Arnulf Matting schüttelt viele Hände von Umweltpolitikerinnen und -politikern sowie Ministeriumsangehörigen, die seiner Anhörung beiwohnen. Doch auch für die, die ihn nicht persönlich kennen, ist er wahrlich kein unbeschriebenes Blatt. 30 Jahre zuständig für Atomfragen insbesondere nukleare Entsorgung im damaligen Bundesinnenministerium und dem späteren Bundesumweltministerium – es gibt von ihm Aktenfunde noch und nöcher. Matting hat unter Ministern fast aller Couleur seinen Dienst als Fachbeamter verrichtet. Als ausgebildeter Physiker arbeitete er zunächst für den TÜV Hannover, dann für das Institut für Reaktorsicherheit (später Gesellschaft für Reaktorsicherheit, GRS) bis er 1974 eine Stellung im Ministerium annahm.

Dass er unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) eine Zeit lang die Aufgabe „Beschleunigung atomrechtlicher Genehmigungsverfahren“ erfüllen musste, empfindet er heute als unrühmlich. Schmidt wollte Anfang der 1970er Jahre vor dem Hintergrund der Ölkrise den Bau von Atomkraftwerken vorantreiben und offenbar konnte es ihm kaum schnell genug gehen.

Von einem Investitionsstau sei laut Matting die Rede gewesen. Aber der Zeuge erwähnt nicht, dass eben diese Regierung sich sozusagen selbst die Knüppel zwischen die Beine geworfen hatte, indem sie die sogenannte Entsorgungsvorsorgepflicht der AKW festgeschrieben hatte. Das bedeutete, dass vor der Genehmigung von AKW eine Lösung für den nuklearen Abfall gefunden werden musste. Daher machten

die Energieversorger Druck: ein Ort musste her, wo man die abgebrannten Brennstäben hinbringen konnte. Die Wiederaufbereitung sollte gefördert, gleichzeitig ein Zwischenlager eingerichtet und ein Endlager geplant werden.

Qualitative Veränderungen

Matting hatte als Referatsleiter für diesen Bereich einen wichtigen Auftrag. In seiner Mission, Gorleben voranzutreiben, versuchte er auf den „PTB-Zwischenbericht“ Einfluss zu nehmen, wie dies auch von seinem Kollegen Ziegler aus dem Bundesforschungsministerium (BMFT) bekannt ist. Der PTB-Zwischenbericht war die fachliche Grundlage, auf der die Entscheidung der Kohl-Regierung, Gorleben und keinen anderen Standort untertägig zu erkunden, im Juli 1983 gefällt wurde. Matting, Ziegler und die Beamten Hanning (damals Bundeskanzleramt) und Bloser (BMI) platzten am 11.05.1983 unangemeldet in eine fachliche Abstimmung über den PTB-Zwischenbericht und korrigierten ihre Wünsche in das Dokument hinein. Matting etwa überbrachte die Botschaft „BMI will nicht, daß andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen“, die auch vom Bundeskanzleramt so bestätigt und von den Berichtsverfassern daher als Weisung aufgefasst wurde. Zudem wird Matting in einer Mitschrift des Gesprächs zitiert mit dem Satz: „Es will niemand eine Aussage aus der PTB herauspressen, die nicht fundiert ist, aber die Aussagen könnten auch positiver gefasst werden.“ Als Matting einige der vielen Verharmlosungen und Streichungen zwischen Entwurf und Endfassung des PTB-Zwischenberichts vorgehalten bekommt, gibt er zu, dass hier „qualitative Veränderungen“ vorgenommen wurden, die nicht nur redaktioneller Art waren. Doch dass diese eventuell auf seinen expliziten Wunsch zurückgingen, die „Aussagen positiver zu fassen“, will ihm nicht in den Kopf.

Etwa vier Wochen zuvor, am 13.04.1983, war Matting bereits in derselben Absicht unterwegs. Als bei einem ähnlichen Abstimmungsgespräch die Rede ist von schlechten Ergebnissen, die Wasser- und Gaszutritte betreffen, rät Matting davon ab, die Ergebnisse zu Grundlagen in dem „Zusammenfassenden Zwischenbericht“ zu machen, das „würde Verunsicherung hervorrufen“, statt dessen wolle man Unsicherheiten vermeiden. Matting wird in der Mitschrift des Gesprächs weiter zitiert: „Schrauben, an denen gedreht werden können(!), sind von PSE [Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung, Mitverfasser des Berichts, d.Red.] aufgezeigt worden, wenn das notwendig ist.“ Dem Zeugen bleibt nur, abzustreiten, dass er hier richtig wiedergegeben wurde. Ihm kommt zupass, dass das Dokument, das ihn zitiert, kein offizielles Protokoll, sondern nur die Mitschrift eines Mitarbeiters ist.

Thematisiert wurde auch ein Bericht über Salzstöcke außerhalb Niedersachsens, der 1982 vorgelegt wurde. DIE LINKE befragte Matting nach einem Treffen, bei dem dieser Bericht besprochen wurde. Auch davon existiert eine Mitschrift. Offenbar bemerkte man plötzlich, dass das Kriterium Deckgebirge in der Studie auf 250 Meter festgelegt wurde und dass dies zum Ausschluss für Gorleben führen würde, weil das dortige Deckgebirge nur 200 Meter stark ist. Ein peinlicher Fauxpas. Rasch ließ man also in dem Endbericht die Randbedingung auf 200 Meter korrigieren. Wie solche „Randbedingungen“ überhaupt zustande kamen und dass sie so leicht veränderbar waren, ist für Matting kaum noch erinnerbar. Er erinnert sich auch nicht an dieses Treffen. Dass man so eine Veränderung macht, findet er aber nicht in Ordnung. Wenn er noch im Dienst wäre, würde er diesen Punkt aufgreifen. Heute vielleicht. Fakt ist allerdings, dass Matting sich aus den Akten eher als einer nachzeichnen lässt, der sich weniger der Wahrheit als seinem Dienstherrn verpflichtet fühlte. Und der wollte unter keinen Umständen, dass Gorleben „rausfällt“.

Schöne große Schächte

Für einen ganz anderen Aspekt, der zuvor mit dem Zeugen Dr. Heinrich Getz diskutiert wurde, kann Matting am Ende doch noch etwas beitragen. Auf die Frage, ob die Größe der Schächte, die für die untertägige Erkundung in den 1980er Jahren gebaut wurden, so gewählt wurde, dass man später auch Atommüll einlagern könne, sagt Matting herzerfrischend: „Da habe ich eigentlich keinen Zweifel.“ Für die Klärung, ob man nicht schon damals ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren hätte einleiten müssen, ist diese Tatsache nämlich entscheidend. Ja, hätte man. So sagte es auch das damals in Auftrag

gegebene Gutachten von Prof. Breuer aus Trier, das bereits bei der Zeugenanhörung Gerhart Baum Gegenstand war. Der Jurist Heinrich Getz war in den Jahren 1979 bis 1982 im Bundesinnenministerium als Abteilungsleiter für atomrechtliche Fragen zuständig.

Dass von Anfang an die Schächte (aus offenbar technischen Gründen) in einer Ausdehnung gebaut wurden, die nicht nur zur Erkundung, sondern auch für eine spätere Nutzung ausreichte, ist juristisch pikant. „Wenn daran gedacht sein sollte ... die Erkundungsschächte so auszulegen, dass diese Schächte auch für die Endlagerung atomarer Abfälle gebraucht werden könnten, wäre schon für diese Erkundungs- bzw. Nutzungsschächte wegen der erforderlichen Vorsorge gegen Schäden ein Planfeststellungsverfahren unverzichtbar,“ schreibt Getz, der diese Meinung damals vertrat, in einer aktuellen Stellungnahme für den Untersuchungsausschuss. Das juristische Gutachten von Breuer habe seine rechtliche Auffassung gestützt. Ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren muss immer vor dem Bau einer Anlage erfolgen, wenn diese einmal mit radioaktivem Material zu tun hat.

Breuels Erpressungsversuch

Doch aus Niedersachsen wurde Druck gemacht: Falls der Bund Atomrecht fordere, schrieb die damalige Niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel an den Bundesminister Baum, wäre die Beschlusslage zwischen Bund und Ländern berührt. Bergrecht sei ausreichend, basta. Dieser Wunsch war Getz Vorgesetztem Pfaffelhuber Befehl: Fortan durfte Getz seine Meinung, das Atomrecht sei hinzuzuziehen, nicht mehr in der Öffentlichkeit äußern. Leider hat hier das Erinnerungsvermögen des Zeugen Getz seine Grenzen. Ja, es habe Konflikte mit dem Unterabteilungsleiter Pfaffelhuber gegeben, aber an den konkreten Fall erinnert Getz sich nicht mehr. Doch die Akten sind hier eindeutig: In der Frage Atomrecht oder nicht war das Bundesinnenministerium zunächst gespalten: Durchgesetzt hat sich die Auffassung, Bergrecht sei ausreichend – auch Baum passte sich schlussendlich dieser Meinung „im Interesse einer zügigen Lösung des Entsorgungsproblems“ an. Dass Getz kurz nach dieser Entscheidung, die zusammentraf mit dem Regierungswechsel zu Kohl, seinen Posten im Bereich Reaktorsicherheit räumen musste, scheint auf der Hand zu liegen. Nur gut, dass Getz selbst seine Versetzung in den Umweltschutzbereich eher als Beförderung empfand. Die Kohl-Regierung setzte Walter Hohlefelder auf seine Stelle, der später in die Industrie wechselte und sich schließlich als Präsident des Deutschen Atomforums wiederfand.

Personalien:

- **Dr. Heinrich Getz** (BMI) war von 1979 bis 1982 in Bundesministerium des Innern in der Abteilung RS, Referat RS I 1 tätig und dort für Fragen des Atomrechts zuständig.
- **Dr. Arnulf Matting** (BMI) war im Jahr 1983 im Bundesministerium des Inneren Mitarbeiter des Referats III B 3 und dort an der Erstellung der Kabinettsvorlage zur Entscheidung über die untertägige Erkundung des Salzstockes Gorleben beteiligt.

26.05.2011

Der ominöse vierte Standort.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

Zeugenvernehmung Prof. Dr. Klaus Otto Naß und Reinhold Ollig - Ein interessegeleiteter Beamter und ein interesseloser Professor sagen aus



Prof. Dr. Klaus Otto Naß

Klaus Otto Naß hätte dem Untersuchungsausschuss interessante Dinge berichten können. Der Zeuge und ehemalige Vertraute von Ministerpräsident Albrecht hätte zum Beispiel von einem wichtigen Ministergespräch zwischen Bund und Land in Hannover am 11.11.1976 erzählen können, bei dem über die Pläne für ein Nationales Entsorgungszentrum gesprochen wurde: Ministerpräsident Albrecht sicherte völlig unerwartet dem Bund zu, dass Niedersachsen rasch eine Lösung in der „Entsorgungsfrage“ herbeiführen würde, und – fast nebenbei – wurde ein bis dahin unbekannter „vierter Standort“ ins Gespräch gebracht. Der sollte sich alsbald als derjenige herausstellen, den Niedersachsen favorisierte, der Bund aber zunächst ablehnte: Gorleben.

Prof. Dr. Klaus Otto Naß, Jahrgang 1931, damals einer der wichtigsten Berater von Ministerpräsident Albrecht, war bei diesem Gespräch nicht zugegen. Doch als er davon erfuhr, verfasste er noch am selben Tag einen handschriftlichen Vermerk an den Ministerpräsidenten und den Staatssekretär, in dem es heißt: „Das Ergebnis Ihrer Besprechung hat unter den Beamten Überraschung ausgelöst, - weil die Landesregierung damit ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen Standort – unter der Voraussetzung: Sicherheit – zur Verfügung zu stellen, - weil bei jedem der drei (!) Standorte noch weitere Untersuchungen, einschl. Bohrungen erforderlich sind, ehe die Eignung feststeht.“ Naß machte aus seiner Meinung keinen Hehl: „Ich halte die Entscheidung für verfrüht“, denn zunächst müssten noch viele wissenschaftliche und technische Fragen geklärt werden. Er sieht zudem das Problem, dass „die gesamte wissenschaftlich technische und politische Diskussion sich nun auf Niedersachsens Standorte konzentrieren (wird), obwohl das nicht unerlässlich war.“ Und: „Die Bundesregierung hat weniger Anlass denn je Alternativen zu suchen.“

Die eigene Handschrift

Wenn man diesen Vermerk liest, hat man den Eindruck, als jemand, der in der Staatskanzlei so nah am Ministerpräsidenten war, vergisst man so einen Tag nicht. Aber Naß kann sich nicht erinnern. Er ist zwar erfreut, als man ihm das 35 Jahre alte Schriftstück vorlegt und erkennt seine Handschrift wieder. Aber erinnern? Nicht einmal der Begriff „Entsorgungszentrum“, der damals die Debatte bestimmte, scheint ihm noch geläufig.

Bis zum Schluss klärt sich nicht, ob er nicht kann oder nicht will. Seine mangelnde Erinnerungsbereitschaft ist vielleicht auch damit erklärbar, dass Naß heute noch mit der Albrecht-Familie eng befreundet ist. Der ehemalige Ministerpräsident gilt als dement und nicht vernehmungsfähig. Naß will vielleicht nicht der sein, der an seiner statt über die damaligen Entscheidungen aussagt. Er bringt überhaupt kaum Interesse für das Thema auf, ist wohl noch empfänglich für die Namen einiger Personen, mit denen er damals zu tun hatte, hat aber letztlich nichts, was inhaltlich relevant wäre, beizutragen. Er sei viele Jahre im Sudan gewesen, um regierungsunabhängige Entwicklungshilfeprojekte voran zu bringen und die übrige Zeit vor allem in Brüssel tätig gewesen. Noch heute lehrt er als Honorarprofessor Europarecht an der Universität Hannover. Dies ist es auch, was einen so zweifeln lässt an seinen Erinnerungslücken. Ab einem

bestimmten Alter ist man sicherlich über manche Dinge erhaben. Er jedenfalls mehr als alle bislang Gehörten. Der Untersuchungsausschuss entlässt den Zeugen nach nur einer Stunde Befragung einvernehmlich.

Schwieriger Auftakt für 1977

Die Befragung von Prof. Naß war thematisch der Auftakt für die Jahre um 1977. Es wird zunehmend schwierig, zu verlangen, dass sich jemand an Vorgänge von vor 35 Jahre noch erinnert. Die Akten sind da in der Regel aussagekräftiger. Zwar hätte jeder Zeuge die Möglichkeit, in die ihn betreffenden Akten vor einer Vernehmung Einsicht zu nehmen, wovon auch schon einzelne Gebrauch gemacht haben. Doch das setzt ein gewisses Interesse voraus. Naß hingegen ließ an einer Stelle unmissverständlich durchblicken, seine ihm verbliebene Lebenszeit sei ihm wertvoll, er habe noch viel zu tun. Das sei ja kein zukunftsweisendes Projekt. Es bleibt unklar, ob er meint, Gorleben habe keine Zukunft oder die Beschäftigung mit seinen Anfängen. Zurück bleiben manche mit dem vagen Gefühl, hier habe ein alter, sehr souveräner Mann den Untersuchungsausschuss zum Narren gehalten.

Der Mann fürs Grobe



Reinhold Ollig

Der andere Zeuge, der vor dem Untersuchungsausschuss aussagt, hat von seiner damaligen Überheblichkeit nichts eingebüßt. Wer eine andere fachliche Meinung vertritt, wird bis heute von Reinhold Ollig beiläufig harsch abqualifiziert. Der Zeuge Ollig ist noch heute im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) beschäftigt. Der nun 61-Jährige war Anfang der 1980er Jahre einziger Geologe im Ministerium. Wohl aus diesem Grund wurde er als einfacher Referent in den Schriftwechsel um Gorleben intensiv

eingebunden. Selbstverständlich versichert er mehrfach, nichts sei je manipuliert worden. Das hat auch niemand anders von ihm erwartet.

Ollig verfasste 1982 mehrere böse Vermerke zu Prof. Duphorns Forschungsergebnissen. Letzterer hatte zu dieser Zeit davon abgeraten, Gorleben untertägig zu erkunden. Er begründete dies mit Risiken wie der „Gorlebener Rinne“, einer eiszeitlichen wasserführenden Schicht über dem Salzstock, dem unzureichenden Deckgebirge sowie der Unerforschtheit des Salzstocks in verschiedener Hinsicht. Duphorn plädierte daher einerseits für eine intensivere obertägige Forschung und empfahl andererseits, andere Lagerstätten zu suchen.

Dezierte Meinung trotz Ahnungslosigkeit

Die Fachmeinung des damals 31-jährigen Ollig muss im BMFT ein gewisses Gewicht gehabt haben, obwohl er Duphorn von der Qualifikation her nicht das Wasser reichen konnte. Erstaunlich ist nur, woher Ollig das Selbstbewusstsein nahm, von „bedenkenerregenden Wortschöpfungen unwissenschaftlichen Charakters“ Duphorns zu sprechen und die Auffassung zu äußern, Duphorn sei als Quartärgeologe nicht in der Lage gewesen, ein qualifiziertes Urteil zum „Gesamtsystem Endlagerung“ abzugeben. Auf mysteriöse Art und Weise ist ein solcher Vermerk Olligs ans Deutsche Atomforum gelangt, das die Duphorn-Kritik wortgleich in einer Pressemitteilung veröffentlichte. Er selbst, Ollig, habe das Papier nicht ans Atomforum gegeben, sei auch nicht dessen Mitglied.

Ollig nahm es sich auch heraus, in der komplexen, damals intensiv diskutierten juristischen Frage, ob für die untertägige Erkundung zum Bergrecht auch das Atomrecht hinzuzuziehen sei, eine dezidierte Meinung zu vertreten. Als Nicht-Jurist nahm er in einem Vermerk vom 22.06.1981 das differenzierte Gutachten von des Trierer Jura-Professors Breuer auseinander, bescheinigte ihm „Unpraktikabilität“

und Widersprüchlichkeit. Dass in einem Ministerium, in dem es eine Rechtsabteilung gibt, Olligs Vermerke zu diesem Thema offenbar gewollt waren, sagt auch viel darüber, dass seine Qualitäten als „Allzweckwaffe“ im Haus durchaus geschätzt worden sein müssen.

Personalien:

- **Prof. Dr. Klaus Otto Naß** war Staatssekretär in der Niedersächsischen Staatskanzlei und beteiligt am Auswahlprozess
- **Reinhold Ollig** war Anfang der 80er Jahre zuständiger Referent in der Unterabteilung 31 „Kernenergie, Energieforschungsprogramm“ im Bundesministerium für Forschung und Technologie

09.06.2011

„Grill saß mir im Nacken“.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

Zeugenvernehmung Ministerialrat Klaus Stuhr

Stuhr bestätigt im Untersuchungsausschuss: „Grill saß mir im Nacken“ und MdB Eckhard Pols greift seine Kollegin Johanna Voss hart an

Weil der langjährige Ministerialrat Klaus Stuhr (78) sich an viele wichtige Dinge im Rahmen der Standortsuche und Benennung für ein Nukleares Entsorgungszentrum nicht mehr so recht erinnern konnte, schien die heutige Sitzung des Gorleben Untersuchungsausschusses erst langweilig zu werden. Stuhr, der von 1974 an in leitender Funktion im Wirtschaftsministerium der Niedersächsischen Landesregierung tätig war, zählt zu den Schlüsselfiguren, wenn es um Gorleben geht. Er hat u.a. die Interministerielle Arbeitsgruppe Kernenergie organisiert, die für das Standortauswahlverfahren eingesetzt worden war. Es finden sich unzählige Schreiben und Vermerke in den Akten, die den Verdacht nahe legen, dass Stuhr in der Regierung von Ernst Albrecht (CDU), den Standort Gorleben gegen alle Bedenken mit durchgesetzt hat. Dies sollte nun durch die Zeugenanhörung geklärt werden.

Schon bei der Frage, wie denn Gorleben nachträglich und unerwartet in die Liste der möglichen Entsorgungsstandorte hinein gekommen war, gab es keine Klarheit. Stuhr äußert dazu wage: „Stimmen aus den Bergämtern hätten empfohlen, nehmt ihn mit auf, den Standort Gorleben“, auch „Die Industrie fing langsam an Druck aufzubauen, um möglichst schnell zu einer Entscheidung zu kommen“. Das schien damals ganz normal, denn Stuhr hatte in einem Schreiben vom 15. Februar 1977 erläutert, welche Mitglieder der Landesregierung damals als Vertreter in der Muttergesellschaft für das Entsorgungszentrum (PWK) saßen. Genannt wurde der damalige Wirtschaftsminister Kiep, der Mitglied im Aufsichtsrat der PREAG war.

Grill saß Stuhr im Nacken

Angesprochen auf die Rolle des damaligen CDU-Landtagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill, bestätigte Stuhr sein Aussage „dass Grill ihm unablässig im Genick gesessen habe“. Das wiederum wollte Stuhr nicht wertend gemeint haben. Grill habe unverständlicherweise ein starkes Interesse daran gehabt, aus strukturpolitischem Interesse, das NEZ nach Lüchow-Dannenberg zu holen. Auf Nachfrage der LINKEN Abgeordneten Johanna Voß, bestätigte Stuhr auch, bereits im Juni 1976 mit Grill ein Gespräch geführt zu

haben, über den Stand der NEZ-Planung, bei dem Grill Interesse für Lüchow-Dannenberg bekundet habe. – Auf die Frage der SPD-Obfrau Ute Vogt, ob denn der heftige Protest der Gebrüder Remmers, gegen den Standort Wahn im Emsland, auch die Entscheidung gegen Wahn und für Gorleben beeinflusst habe, antwortete Stuhr, es sei bekannt gewesen, dass der CDU Landtagsabgeordnete Remmers kein großer Freund dieser Anlage war. Grund für die Ablehnung des Standortes sei aber der dortige militärische Übungsplatz gewesen.

Da in einem Schriftstück zur Endauswahl von Gorleben davon die Rede war, alle drei anderen Standorte hätten mindestens 1 Ausschlusskriterium aufgewiesen, nur Gorleben nicht, fragte Voß genauer nach: „Wieso führten in Gorleben die gleichen Tatbestände die andernorts zum Ausschluss führten, nicht zum Ende, sondern zur Auswahl von Gorleben. Sie belegte ihre Frage mit 6 Ausschlussgründen: erstens war über dem Salzstock Gorleben Naherholungsgebiet und Landschaftsschutzgebiet, zweitens ein Wassergewinnungsgebiet, drittens lag der Standort direkt an und unter der DDR, viertens ging der Flugkorridor Hamburg – Berlin genau darüber, fünftens lag die Salzstockoberfläche nicht in der gewünschten Tiefe von 300- 500 m Tiefe, sondern in 150 -200 m Tiefe und sechstens gab es konkurrierende Rohstoffe, denn die Gasvorkommen in Ost und West waren bekannt.

Der Standort Gorleben war in der Vorauswahl schon einmal wegen der „Naherholung“, der Standort Faßberg bereits 1975 wegen Gasvorkommen ausgeschieden, der Standort Lüttau in Schleswig-Holstein wegen seiner Lage an der DDR-Grenze verworfen worden, beim Standort Lutterloh führten Landschaftsschutzgebiet und Grundwasservorranggebiet zur Ablehnung und andere Standorte waren wegen ihrer zu geringen Deckgebirgsschicht von vornherein nicht mit in die engere Wahl gekommen.

MdB Pols wirft MdB Voß die Vortäuschung falscher Tatsachen vor

Während sich Stuhr verlegen zeigte und meinte, die Punkte seien wohl alle nicht so relevant gewesen, außerdem hätten geologische Fragen zu Anfang kaum eine Rolle gespielt, zeigte sich die CDU-Fraktion über die Fragen von Voß erbost. Der CDU Obmann Reinhard Grindel warf ihr vor, mit falschen Tatsachen zu arbeiten und unterstellte ihr, sie habe behauptet, das Deckgebirge in Gorleben sei nur 100 m dick. Noch heftiger reagierte der hiesige MdB Eckhard Pols, der Voß gleich vierfachen Betrug vorwarf. Er bestritt, dass es am Standort Gorleben jemals ein Landschaftsschutzgebiet, ein Wasserschutzgebiet und einen Flugkorridor gegeben habe. Außerdem beginnt der Salzstock nach seiner Meinung erst in 300 m Tiefe. (Anm. Red. Nach Aussagen des Geologen Ulrich Schneider hat beim „steilen Zahn“, der höchsten Erhebung des Salzstockes, die Bohrung GoHy bereits bei 133 m den Gipshut des Salzstockes erreicht, das Landschaftsschutzgebiet wurde für den Bau des Zwischenlagers z.T. entwidmet und das Wasserwerk Hühbeck mit seinem Wasserschutzgebiet versorgt noch heute die Bewohner von Gartow und seit 75 Jahren die Biomosterei Voelkel). Auf die Nachfrage von Voß, wie denn diese Ansammlung von Ausschlussgründen trotzdem zur Benennung Gorlebens führen konnte, meinte Stuhr halblaut, einer der beiden letzten Standorte musste es sein. Der andere wäre sonst Lichtenhorst gewesen.

Stuhr ist Urheber der geheimen Kabinettsvorlage

Vorher hatte die LINKE Obfrau im Untersuchungsausschuss, Dorothee Menzner, Stuhr bereits nach der inzwischen legendären streng vertraulichen Kabinettsvorlage vom Februar 1977 gefragt, in der erstmals ausführlich vor den Gasvorkommen auf DDR-Gebiet, aber auch unter Gorleben gewarnt worden war. Erst konnte sich Stuhr gar nicht daran erinnern. Als er eine Kopie des 20 seitigen Originals vorgelegt bekam, musste er gestehen: „Ja diese Kabinettsvorlage stammt von mir, ich kann mich aber nicht an sie erinnern.“ Gut erinnern konnte er sich später jedoch daran, dass er ein Gespräch mit dem Verband der Gaserzeuger geführt hatte, mit dem Ergebnis, dort kein Gas mehr zu suchen. Die Existenz des Gases ist für ihn unstrittig.

Angesprochen auf die strenge Vertraulichkeit, mit der diese Gespräche ja alle geführt wurden, meinte Stuhr, wenn Vertraulichkeit vereinbart wurde, dann wurde sie auch gewahrt. Die Vermutung, dass wichtige Erkenntnisse wegen dieser Vertraulichkeit auch nicht ihren Weg bis zur Bundesregierung

gefunden haben, wollte Stuhr dagegen nicht bestätigen. Abschließend fragte Johanna Voß noch nach der Waldbrandkatastrophe von 1975. Damals waren bei großer Trockenheit zufällig die Wälder an drei potentiellen Endlagerstandorten abgebrannt. Stuhr hatte natürlich von diesen Waldbränden gehört. Er meint man könne daraus aber keine Schlussfolgerungen ziehen, weil die Urheber des Feuers nicht gefunden wurden.

Personalien:

- **Klaus Stuhr** war in den Jahren 1976/77 Referatsleiter im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium und leitete den Interministeriellen Arbeitsgruppe/Arbeitskreis (IMAK), der ein Auswahlverfahren für einen Standort für das „Nukleare Entsorgungszentrum“ (NEZ) durchgeführt hat.

30.06.2011

Unbelehrbarer Professor.

Bericht vom Gorleben Untersuchungsausschuss

Zeugenvernehmung Klaus Kühn. Der Zeuge Klaus Kühn hatte Jahrzehnte lang Verantwortung im Atommülllager ASSE, das heute dabei ist abzusaufen. Einsicht ist dem Professor fremd, wenn es nach ihm ginge, stünde dem Endlager-Projekt Gorleben nichts im Weg



Prof. Dr. Klaus Kühn

Mit dem aktuellen Beschluss zum Atomausstieg ist noch nichts zu Verbleib des Atommülls geregelt, der aus dem bisherigen Betrieb und dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis 2022 anfällt. Dies soll in einem eigenen Endlagersgesetz bis Ende des Jahres geschehen. Wie man ein Endlager sicher nicht auf die Agenda heben sollte, kann man derzeit im Untersuchungsausschuss Gorleben lernen. Die Wissenschaftler und Ministerialen, die den Auswahlprozess mitbetrieben haben, gehen daraus fast alle beschädigt hervor.

Einer, über den sich heute Spott und Hohn ergießen müsste, wäre das Ganze nicht so tragisch, ist der Zeuge, der diese

Woche vor dem Untersuchungsausschuss Gorleben befragt wurde. Professor Klaus Kühn war der Mann, der Jahrzehnte lang verantwortlich war für den wissenschaftlichen Bereich der ASSE II. Heute steht der Name ASSE für das größte deutsche Umweltdesaster: das niedersächsische Atommülllager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll, in dem 125.000 Fässer eingelagert sind, droht wegen massivem Laugenzutritt einzustürzen. Zuletzt wurde dort im April 2011 stark erhöhte Radioaktivität gemessen.

Bereits zwei Mal musste Klaus Kühn vor dem ASSE-Untersuchungsausschuss in Hannover aussagen. Am gestrigen Donnerstag wurde er nun zu Gorleben befragt, denn das Salzbergwerk ASSE bei Wolfenbüttel galt immer als Prototyp für Gorleben. Dies allerdings bestreitet Kühn vehement: es sei wohl prototypische Forschung in der ASSE betrieben worden, doch die Salzstöcke ASSE und Gorleben würden sich schon allein darin unterscheiden, dass in Gorleben nie ein Bergwerk betrieben wurde wie in der ASSE. Gorleben gilt nach wie vor als „unverritz“. Die Vorzüge des Salzes als Endlagermedium streicht Kühn auch heute noch gern heraus. Allerdings habe er selbst nie in Gorleben geforscht. Doch in den Jahren des Moratoriums hat Kühn als Experte im Auftrag der Industrie „Gutachten“ mitverfasst, die für eine Weitererkundung Gorlebens plädierten. Zum Auswahlverfahren kann er nur erinnern, dass 1977, als Niedersachsen Gorleben auf den Tisch brachte, viele sehr überrascht waren. Allerdings seien damals

andere Kriterien wichtig gewesen, weil ein Nationales Entsorgungszentrum (NEZ) geplant war und die Wiederaufbereitung im Vordergrund stand, weniger das Endlager selbst.

Die Vorgänge in der ASSE spielen auch für Gorleben eine Rolle, weil hier wichtige Erfahrungen mit dem Salz gemacht wurden. Doch Anfang der 1990er Jahre war Kühn mit seiner Forschung in der ASSE am Ende. 1992 wurden die Großversuche mit HAW (High Active Waste, hochradioaktiven Abfällen) abgebrochen, was Kühn und sein Team sehr bedauerten. Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits Zigmillionen an Forschungsgeldern hineingeflossen waren konnten sich damals nach Kühns Darstellung das Bundesumweltministerium (BMU) und das Bundesforschungsministerium (BMFT) über die Restfinanzierung nicht einigen. Offensichtlich war die Industrie an den Kosten nicht beteiligt. Hätte man 1992 die Versuche mit hochradioaktivem Müll und Wärmeeinwirkung auf das Salz weiterbetreiben können, hätte man vielleicht Erkenntnisse über die Eignung von Salz als Endlagermedium erhalten. In den Niederlanden hat man diese Versuche – wenn auch in kleinerem Stil, so doch über viele Jahre – durchgeführt. Eine Forschungsgruppe um den Niederländer Den Hartog kam zu dem Ergebnis, dass hochradioaktive Strahlung und Wärme im Salz einen Prozess der Radiolyse und kleine kettenartige Explosionen auslösen können. Die Niederlande setzt seither nicht mehr auf Salz als Endlagergestein.

Für Klaus Kühn, auch landläufig als „Salzpapst“ bezeichnet, ist das nicht nachvollziehbar. Auf Nachfrage von Dorothee Menzner, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss Gorleben, behauptet Kühn, der Niederländer Den Hartog und die anderen internationalen Wissenschaftler seien widerlegt. Das will er bereits selbst 1983 getan haben, also viele Jahre bevor Den Hartog geforscht hat. Es ist widersprüchlich, dass Kühn dennoch den gescheiterten Großversuch von 1992 so bedauert. Und es macht ihn als Wissenschaftler zusätzlich unglaubwürdig, dass er heute noch nicht einmal in der Lage ist, zuzugeben, dass der Bereich der Radiolyse-Wirkung von HAW im Salz noch nicht zu Ende erforscht ist. Als Beweis, dass Salz noch nicht „out“ sei, will Kühn zunächst das US-amerikanische Forschungsprojekt Waste Isolation Pilot Plant (WIPP) anführen. Doch auf Nachfrage der LINKEN-Abgeordneten Johanna Voß ist schnell geklärt, dass die Amerikaner dort große Probleme mit Laugenzuflüssen hatten und das Atommülllager nicht als Vorbild taugt: Dort werden nur schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus überwiegend militärischer Nutzung gelagert. Auch vom WIPP liegen keine Erfahrungen mit Wärmeentwicklung und Strahlung von hochradioaktivem Müll vor.

Man kann sich vorstellen, dass ein mit dem ASSE-Desaster fulminant gescheiterter Professor wie Klaus Kühn nicht besonders auskunftsfreudig ist. War er es doch, der viele Jahre lang den GAU schöngebetet hat und auf den sich die Politik verlassen hat. Doch dass er in seiner Situation nach wie vor dazu neigt, so wenig wie möglich Fehler einzugestehen, sondern vielmehr die Spitzenstellung der Forschung, die Deutschland (und damit implizit er) im Endlager-Bereich einst hatte, hoch zu halten, das macht vor dem Untersuchungsausschuss ein wirklich jämmerliches Bild. Seine offensichtliche Unbelehrbarkeit ist erschütternd. Noch heute würde er in der ASSE forschen, wenn man ihn denn ließe, auch mit hochradioaktiven Stoffen. Man ist erinnert an Dürrenmatts „Physiker“, dem Drama, in dem es um die moralische Verantwortung der Wissenschaft geht. Doch während die Physiker in der Komödie ihre Geisteskrankheit nur vorspielen, um die Welt vor dem Verderben zu bewahren, offenbart Klaus Kühn eine Unerschütterlichkeit, die so unbedarft daher kommt, dass einem ganz bange werden kann.

Personalien:

- **Prof. Dr. Klaus Kühn** war seit 1973 Leiter des Instituts für Tief Lagerung und wissenschaftlicher Berater der GSF. Er wurde auch von Bundesministerien und Bundesbehörden als Sachverständiger hinzugezogen, u.a. vom BMFT spätestens seit 1980. Er ist Mitverfasser der Studie IAEA (1977): „Site Selection Factors for Repositories of solid High-Level and Alpha-Bearing Wastes in Geological Formations.- Technical Reports Series No. 177“, auf die sich der Zeuge Brewitz bezogen hat und maßgeblicher Vertreter von Salz als Wirtsgestein in Deutschland. Er hat in der Asse die sog. „Gorleben-Versuche“ zur Endlagerung von wärmeentwickelndem radioaktiven Abfall in Salz durchgeführt.